Stalin: Über rechte und „ultralinke" Abweichungen Seite 6

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 47 vom 23. November 1979 13. Jahrgang 1 DM



Keine Arien gab es am Dienstag letzter Woche vor dem Opernhaus in Hannover zu hören, sondern politischen Protest. Auch in Hannover hatten die Lehrer die Arbeit demonstrativ niedergelegt, um ihrer Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit Nachdruck zu verleihen. Insgesamt 15 000 Lehrer ließen in den Ländern Hamburg, Hessen und Niedersachsen die letzten beiden Unterrichtsstunden ausfallen und führten Kundgebungen und Versammlungen durch. Auch durch massive Drohungen und Einschüchterungsmaßnahmen seitens der Staats- und Schulbehörden ließen sie sich nicht von ihren Aktionen abhalten (siehe auch Seite 2).

Welle von Stillegungen und Massenentlassungen

Zehntausende Arbeitsplätze bedroht!

Warnstreiks und Demonstrationen bei AEG, ARBED und Mannesmann

Ständig ist die Rede von steigender Wirtschaftskonjunktur. In der Tat steigen ja die Unternehmerprofite voller Schwung. Gleichzeitig aber wird eine neue Welle von Stillegungen und Massenentlassungen gemeldet. AEG, Mannesmann, Hoesch, ARBED, DUB-Schultheiß — das sind Konzerne, die allein in den letzten drei Wochen durch ihre Rationalisierungspläne Schlagzeilen provoziert haben.

- Der AEG-Telefunken-Konzern will allein im nächsten Jahr mehrere Werke stillegen und dabei insgesamt 13 000 Arbeitsplätze vernichten.
- Wie in der letzten Woche gemeldet wurde, will Mannesmann in der Umgebung von Düsseldorf zwei Werke stillegen und dabei 1 300 Stahlwerker auf die Straße setzen.
- Der luxemburgisch-deutsche Stahlmulti ARBED hat in der saarländischen Stahlindustrie einen Kahlschlag begonnen, dem noch rund 10 000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollen. Überraschend wurde jetzt bekannt, daß ARBED auch sein Walzwerk in St. Ingbert (Saar) schließen will. Das bedeutet, daß 290 Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren.
- Der holländisch-deutsche Stahlmulti Estel will — wie sich in den letzten Wochen herausschälte — bei den Dortmunder Hoesch-Hüttenwerken in den nächsten zwei bis drei Jahren mindestens 4 000 Arbeitsplätze vernichten.
- Der größte bundesdeutsche



Bierkonzern, DUB-Schultheiß, gab kürzlich die geplante Stillegung von zwei kleineren Brauereien in Bochum und Gelsenkirchen bekannt. Dabei verlieren 420 Beschäftigte den Arbeitsplatz. In den vergangenen Wochen kam es bei AEG, ARBED und Mannesmann zu einer Reihe von Warnstreiks und Demonstrationen gegen die Rationalisierungs- und Stillegungspläne, an denen sich Tausende von Kollegen beteiligten (sie auch auf Seite 4).

Im August dieses Jahres lieferte die 450 Mann starke Belegschaft von Mannesmann-Kammerich in Bielefeld-Brackwede ein hervorragendes Beispiel für die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze. Sie verhinderten die geplante Stillegung dieses Werkes, indem sie gegen den Willen der IG-Metall-Bonzen sechs Tage lang selbständig streikten. Ihr Kampf wurde nur von der KPD/ML und der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) unterstützt.



3 000 Demonstranten vor dem Telefunken-Haus in Hannover

Lohnrunde 1980 wird heiß!

Lohnsicherung verlangt mindestens 12 Prozent mehr!

DGB-Führer nehmen Kurs auf Senkung der Reallöhne

DÜSSELDORF. — In den Betrieben und auf gewerkschaftlichen Konferenzen haben die Arbeiter begonnen, ihre Lohnforderungen aufzustellen. Zwölf Prozent sind so ziemlich das mindeste, was da gefordert wird. Währenddessen brüten die Bonzen in der Düsseldorfer DGB-Zentrale darüber nach, wie sie die bereits beginnende heiße Tarifbewegung abwiegeln können.

Im Stahl- und Metall-Bereich, wo die Tarife zum 31. Januar auslaufen, haben schon viele gewerkschaftliche Vertrauenskörper ihre Forderungen aufgestellt. So bei Mannesmann in Duisburg, bei Daimler in Kassel, bei KWU in Westberlin. Am häufigsten einigten sich die Kollegen auf eine Forderung von 12 Prozent, aber mindestens 200 Mark mehr. Die IGM-Vertrauensleute von Daimler/Kassel und Still/Hamburg fordern 250 Mark mehr für alle. Die Kollegen von Still betonten dabei, daß sie die 250 Mark nicht als Verhandlungsgrundlage betrachten, sondern als Forderung, die durchgesetzt werden muß!

Auch in anderen Gewerkschaften haben die Kollegen bereits Forderungen angemeldet. ÖTV-Vertrauensleute im Hamburger Hafen: 12 Prozent. Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Mönchengladbach-Grenzland: 11 Prozent, aber mindestens 250 Mark. IG Bau-Steine-Erden, Mitgliederversammlung Lübeck-Stadt: 12,9 Prozent und zusätzlich einen „Ölzuschlag" von 3 Prozent.

Aus Berechnungen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) ergibt sich, daß sich die Lebenshaltungskosten innerhalb der letzten zwölf Monate um ca. 12,5 Prozent verteuert haben. IGM-Boss Eugen Loderer jedoch will den Kollegen eine Reallohnsenkung unterjubeln. Er gab bereits zu erkennen, daß die IGM-Führung nur etwa 9 Prozent fordern wird.

VW durchbricht Boykottbeschluß der Uno

Wie jetzt bekannt wurde, hat der VW-Konzern kürzlich die Lieferung von Wagen des Typs „Golf" in das von einem rassistischen Regime beherrschte Simbabwe aufgenommen. Die Wagen wurden unter starker militärischer Bewachung von Südafrika nach Simbabwe gebracht. Damit hat der halbstaatliche Konzern, in dessen Aufsichtsrat auch der IGM-Vorsitzende Loderer sitzt, einen Beschluß der UNO gebrochen, mit dem sich alle Mitgliedsländer dazu verpflichtet hatten, das Regime von Simbabwe (Rhodesien) vollständig zu boykottieren.

Gute Beziehungen unterhält der Konzern auch zu dem faschistischen Regime in Südafrika, wo er Produktionsstätten unterhält. Wiederholt ist VW deswegen angeprangert worden, vor allem wegen der Tatsache, daß der Konzern die rassistischen Gesetze Südafrikas auch auf seine schwarzen Arbeiter anwendet.

III. Parteitag der KP Spaniens/ML erfolgreich abgeschlossen

(siehe auch Seite 11).

Nukleare Planungsgruppe der NATO tagte

Apel als Antreiber bei Atomrüstung

DEN HAAG. — In der vergangenen Woche tagte im niederländischen Haag die sogenannte nukleare Planungsgruppe der NATO, das ist die Versammlung der Kriegsminister und Generalstabschefs des westlichen Militärblocks. Die Gruppe sprach sich eindeutig für die Stationierung amerikanischer Mittelstrecken-Raketen in Westeuropa aus.

Die Sitzung machte wieder einmal die Rolle Bonns als Einpeitscher der amerikanischen Atompläne in Westeuropa deutlich. Kriegsminister Apel setzte massiv seinen niederländischen Amtskollegen unter Druck, der immer noch nicht die gewünschte uneingeschränkte Zustimmung für die Stationierung der Raketen abgeben mochte. Vierzehn Monate Diskussion, so Apel, wären mehr als genug, nun müßten klare Entscheidungen getroffen werden. Und wenn die Niederländer in den Fragen der "Sicherheit" nicht mitziehen wollten, könnten sie auch in anderen Bereichen nicht erwarten, als gleichberechtigte Partner in Europa behandelt zu werden.

Die Antreiberrolle Bonns bei den atomaren Rüstungsplänen kommt auch in dem Verteilerschlüssel der amerikanischen Raketen zum Ausdruck, der nach der Sitzung der Planungsgruppe bekannt wurde. Danach sollen in der Bundesrepublik nicht nur **alle** 108 Pershing-II-Raketen stationiert werden, sondern auch noch 96 Marschflugkörper vom Typ Cruise missile. Die Niederlande und Belgien sollen je 48 Cruise missiles aufnehmen; Britannien 160 und Italien 112.

Die größte Demonstration seit dem Sturz des Schahs

Massenkundgebung gegen US-Imperialismus

TEHERAN. — In der letzten Woche fand in Teheran die größte Demonstration seit dem Sturz des Schahs zu Beginn des Jahres statt. Weit über eine Million Iraner demonstrierten gegen den USA-Imperialismus. Wieder und wieder erhoben sie die Forderung, den Oberverbrecher „Schahinschah" Reza Pahlewi an das iranische Volk auszuliefern. Immer wieder warnten sie die USA-Regierung vor einem militärischen Abenteuer im Iran, das auf den geschlossenen Widerstand der Völker des Iran treffen würde.

In der Tat hat sich die Situation stark zugespitzt. Weltweit ist ein Chor der Einpeitscher für eine Intervention der USA im Iran organisiert worden, in den USA selbst wird die nationalistische Hysterie geschürt. Es ist kein Zufall, daß am 10. November zur gleichen Zeit solche Zeitungen wie *Frankfurter Allgemeine, Neue Zürcher, Bild, Le Monde* und New Yorker Zeitungen einmütig an das Beispiel der israelischen Kommado-Aktion in Entebbe erinnerten und der US-Regierung unverhohlen empfahlen, dies nachzumachen.

25 Jahre lang haben die USA-Imperialisten eine der blutigsten Diktaturen der Geschichte der Menschheit geschützt und gestützt. Jetzt wird so getan, als wäre es eine Überraschung, daß der Volkszorn im Iran über den USA zusammenschlägt. Denn die Forderung nach Auslieferung des Massenmörders Reza Pahlewi kommt nicht von irgendwelchen offiziellen Stellen, sie kommt tief aus den Herzen der Völker des Iran und ist vollkommen berechtigt! Trotz einer schwierigen Situation im Inneren des Iran, ein Problem, das die Völker dort selbst lösen müssen, kann es keine Neutralität geben: Die Aggressoren sind die US-Imperialisten! (Siehe auch Artikel auf Seite 10.)



Weit über eine Million Menschen demonstrierten in Teheran für ihre berechtigte Forderung nach Auslieferung des Massenmörders Reza Pahlewi.

Kommentar

Der ehemalige erste Mann im Staate, Altbundespräsident Walter Scheel, ist heute erster Rentner im Staate. Seine Bezüge belaufen sich auf genau 539605 Mark und 57 Pfennige im Jahr. 269605 Mark und 57 Pfennige sind für die Bestreitung der Lebenshaltungskosten vorgesehen; Scheel hat immerhin mehrere Kinder und eine anspruchsvolle Gattin. Um dem ausgemusterten Repräsen-

Der Nestbeschmutzer

tanten auch den wohlverdienten Müßiggang zu ermöglichen, stehen ihm weitere 196000 Mark zur Entlohnung eines persönlichen Referenten, einer Sekretärin und eines Chauffeurs zu, schließlich ist nicht jeder ein passionierter Wanderer wie der amtierende Präsident. Und um Walter Scheel die Segnungen des modernen Post- und Fernmeldewesens nicht vorzuenthalten, werden jährlich 20000 Mark zur Begleichung von Fortokosten und Briefmarkenrechnungen bereitgestellt.

Das Büro seiner Mitarbeiter kostet den Steuerzahler 65000 Mark, und für In- und Auslandsreisen stehen allein für den Mitarbeiterstab des Rentners insgesamt 49000 Mark zur Verfügung. Dazu kommen noch eine Reihe unbedeutender Posten (Dienstfahrzeug, Zeitschriften etc.), um die halbe Million voll zu machen.

Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß diese wahrhaft königliche Ausstattung des abgewählten vierten Präsidenten der Republik mißgünstige Neidhammel auf den Plan ruft. So erfrechte sich ein kleines Licht aus den hinteren Reihen der CDU/CSU-Fraktion, dem Altpräsidenten in aller Öffentlichkeit einen ausgeprägten Hang zur kostspieligen Repräsentation vorzuwerfen und ihn bar jeden Respekts mit Ludwig dem XIV., dem „Sonnenkönig", zu vergleichen.

Doch der Nestbeschmutzer wurde sogleich in die Schranken gewiesen. Dem sonst so noblen Scheel riß der Geduldsfaden ob der frechen Majestätsbeleidigung. Er drohte mit rechtlichen Schritten. Die CDU/CSU-Fraktionsspitze stellte sich prompt in ihrer vollen Breite vor den Beleidigten und verdammte die Kritik des ungezogenen Parlamentariers als „unangebracht und nicht gerechtfertigt". Auch die Regierungsparteien zeigten volles Verständnis für den Rentnerstaat. Wieder einmal bot sich dem Mann auf der Straße, der nichts von den Lasten eines Altpräsidenten weiß, das eindrucksvolle Schauspiel von der Solidarität der Demokraten, die böse Zungen mit dem gehässigen Spruch karikieren: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!"

Übrigens wurde das gleiche Schauspiel im vergangenen Jahr bereits in vielen Landtagen und Rathäusern inszeniert. Obwohl je nach Lokalkolorit unterschiedlich dick aufgetragen wurde, war das Thema immer das gleiche, und zwar die angemessene Besoldung der Herren Volksvertreter. Während der ländlich schlichte norddeutsche Stoltenberg es lediglich zu einer Diätenerhöhung auf durchschnittlich 8300 Mark kommen ließ, steuerten die Parlamentarier der rheinischen Karnevalszentren zielbewußt — die Schwerindustrie an der Ruhr im Rücken — die 10000-Mark-Grenze an.

Der dem in seinem Hang zu üppiger Repräsentation dem Altbundespräsidenten herzensverwandte Münchener Oberbürgermeister Kiesl ließ die Abgeordnetenbezüge gleich um satte 60 Prozent nach oben schnellen, was ihm bewundernde Schlagzeilen wie „Entschädigungssummen haben Weltformat" einbrachte. Wem würde sich da nicht das schlimme Wort „Schmarotzer" aufdrängen. Im Lexikon heißt es dazu: „Parasit, Lebewesen, das sich auf oder in einem anderen, dem Wirt, aufhält und ihm Nahrungsstoff entzieht." Gott sei Dank, auf die Volksvertreter trifft dies nicht zu. Sie benötigen für ihren Lebensunterhalt nicht **einen** Wirt, sie benötigen dafür die Steuern von durchschnittlich 30 Werktätigen.

Aus dem Inhalt

Schlegel-Brauerei in Bochum wird stillgelegt 4
ARBED-Bosse wollen Walzwerk stillegen.......... 4
ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Dortmund 5
Opel-Rüsselsheim: Zuschuß zum Kurzarbeitergeld ... 5
Oppositionelle Betriebsräte um W. Hoss bleiben ausgeschlossen 5
J.W. Stalin: Über den Kampf gegen die rechten und „ultralinken" Abweichungen .. 6
Wird der Neumühl-Prozeß eingestellt? 7
Rote Garde Ruhrgebiet: antifaschistisches Seminar 7
SWF-Kulturchef setzt Beitrag gegen Strauß ab 7
Darmstadt: Ein Drama um Strauß in fünf Akten 8
Albanien-Reportage: Lebenslauf eines Bauern. Besuch beim Mechaniker Shefqet .. 9
Weitere Massenentlassungen in der US-Autoindustrie. 10
Wirtschaftsboykott gegen den Iran 10
Antikriegstag in Japan 10
Zum III. Parteitag der KP Spaniens/ML 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Wirtschaftsminister spricht vor Versicherungsgesellschaften

Lambsdorff startet Generalangriff gegen die Sozialleistungen

DÜSSELDORF.— Hauptredner auf der Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes der Versicherungsgesellschaften war Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Sein Beitrag „Sozialpolitik in der Martwirtschaft" geriet zu einem Generalangriff auf die noch bestehenden Sozialleistungen.

Entschieden wandte sich der Graf gegen die bestehende Mutterschutzregelung. Angeblich verschlechtere sie die Beschäftigungschancen der Frau. Weiter nahm er sich den Kündigungsschutz der älteren Kollegen vor, der nach seiner Meinung die Jugendarbeitslosigkeit verursacht hätte. Schließlich bewertete er die Jugendarbeitsschutzvorschriften, insbesondere die darin enthaltenen Arbeitszeitvorschriften, als hinderlich.

Die Konsequenzen seiner Einschätzung, die in dieser brutalen Form bisher von keinem Mitglied der Bundesregierung vertreten wurde, läuft kurz gesagt auf folgendes hinaus: Der neue Mutterschaftsurlaub, der ohnehin erheblich unter der Forderung der Gewerkschaften liegt, soll wieder abgeschafft oder zumindest radikal gekürzt werden, denn die Zahlung von maximal 750 Mark monatlich innerhalb einer halbjährlichen Schutzfrist ist unrentabel, bringt keinen Profit. Außerdem soll hier dem reaktionären Standpunkt, die Frau gehöre an den Herd, zum völligen Durchbruch verholfen werden. Und was die Frauenarbeitslosigkeit angeht, so ist das bestimmt nicht die Sorge des Ministers. Die rechtlose Position der Frauen würde zementiert, was sich zweifellos auch auf das ohnehin skandalös niedrige Lohnniveau der Frauen auswirken könnte.

Was den Kündigungsschutz älterer Kollegen betrifft, so gibt der Minister hier dem Wunsch der Unternehmer Ausdruck, je nach Bedarf die von jahrzehntelanger Ausbeutung ausgebrannten älteren Kollegen auszumustern und durch jüngere, noch unverbrauchte zu ersetzen, die meist auch noch geringeren Lohn erhalten. Ein Leben lang schuften für die Kapitalisten und dann zum alten Eisen geworfen werden, diese Politik haben die Werktätigen vom Wirtschaftsminister der sozialliberalen Koalition zu erwarten.

In Sachen Jugendarbeitslosenschutz sähe es der Wirtschaftsminister im Einklang mit den Kapitalisten gern, wenn die Jugend der völlig schrankenlosen Ausbeutung zur Verfügung stände, ohne Samstagarbeitsverbot, ohne Nachtarbeitsverbot, ohne medizinische Vorsorgemaßnahmen, und seien sie auch noch so minimal. Das Jugendarbeitsschutzgesetz, das schon jetzt zahlreiche Ausnahmeregelungen zugunsten der Unternehmer beinhaltet, ist dem Herrn Grafen schon ein Dorn im Auge.

So ist es nur folgerichtig, daß Lambsdorff auch einen weiteren Abbau der Renten anvisiert. Erstens müsse die nettobezogene Regelung beibehalten werden, zweitens müßten die Renten besteuert werden. Was da unter dem Strich herauskommt, ist eine drastische Vergrößerung der unübersehbaren Zahl von alten Menschen, die schon heute unterhalb des Sozialhilfesatzes ihr Dasein fristen müssen, vom Kapital ausrangiert, weil sie keinen Profit mehr bringen.

Ähnliches führt Lambsdorff bei der „Kostendämpfung im Gesundheitswesen" im Schilde. Er will die Krankenversicherten durch mehr Eigenbeteiligung, sprich: Beitragserhöhung, stärker „in die Pflicht nehmen". Das ist echte Arbeitsteilung: Die Kapitalisten eignen sich die Früchte der Arbeit der Werktätigen an, dafür „dürfen" die Werktätigen das Risiko der Krankheit und der Arbeitsunfähigkeit selber tragen. Käme Lambsdorff mit seinen arbeiterfeindlichen Plänen durch, die im übrigen auch von einem Franz Josef Strauß stammen könnten und von ihm auch vertreten werden, hätte das eine Entlastung des Staatshaushaltes zur Folge. Allerdings ist jetzt schon sicher, diese eingesparten Milliarden würden nicht eingespart, sondern zugunsten der Unternehmer umverteilt, die damit wiederum die Ausbeutung der Werktätigen verschärfen, deren Los durch den Abbau der Sozialleistungen ohnehin noch bitterer geworden ist.

Hamburg, Hessen, Niedersachsen

Mit Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrerproteste

Trotz Verbot: 15000 demonstrierten

HAMBURG/HANNOVER/WIESBADEN.— Mit drastischen Maßnahmen suchten in der letzten Woche die Kultusbehörden der Länder Niedersachsen, Hessen und Hamburg die Kampfmaßnahmen der Lehrer für Arbeitszeitverkürzungen und eine Verbesserung der Schul- und Unterrichtssituation zu unterdrücken. Es gelang ihnen nicht.

In Niedersachsen suspendierte Kultusminister Remmers (CDU) bereits einen Tag vor der angekündigten Arbeitsniederlegungen sieben Lehrer vom Dienst und erteilte ihnen Hausverbot in ihren Schulen. Bei den Lehrern handelte es sich um Mitglieder des Vorstands des niedersächsischen Landesverbands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Diese ungeheuerliche Maßnahme begründete Remmers mit dem Hinweis: Trotz mehrfacher Hinweise auf die „Rechtswidrigkeit einer Arbeitsniederlegung" hätten die sieben GEW-Mitglieder zu Kampfmaßnahmen aufgerufen, die eine „nicht hinnehmbare Verletzung des Beamtenrechts" darstellten.— Gleichzeitig drohte Remmers allen Teilnehmern der Lehreraktionen Strafen von Gehaltskürzungen bis zu Suspendierungen an und verpflichtete die Schulleiter, den Unterricht fernbleibende Lehrer zu melden.

Wenn auch die von den Regierungen in Hessen und Hamburg ergriffenen Maßnahmen (noch) nicht bis zu Suspendierungen gingen, so ließen die Drohungen doch den gleichen niedersächsischen Geist erkennen: die Haltung, unter Einsatz von staatlichen Machtmitteln, unter Einsatz des gesamten Instrumentariums von Disziplinarmaßnahmen die berechtigten Forderungen der Lehrer niederzuknebeln.

In Hamburg verbot das Verwaltungsgericht den Lehrern



Hamburger Lehrer bei einer Demonstration am 11. Oktober „40-Stunden-Woche auch für Lehrer"

bereits am 9. November den geplanten Warnstreik und schuf damit eine weitere Grundlage für Unterdrückungsmaßnahmen. In Hessen drohte der Regierungssprecher mit Gehaltskürzungen und anderen disziplinarischen Maßnahmen. Auch der hessische Kultusminister Krollmann ordnete an, daß alle Schulleiter die Namen derjenigen Kollegen, die sich an den Kundgebungen der GEW beteiligten, an das Ministerium weiterzuleiten. In ihre Akten sollte dann ein Mißbilligungsvermerk eingetragen werden. Die „Rädelsführer" sollten disziplinarisch besonders zur Rechenschaft gezogen werden.

Durch die verschiedenen Schikanen, Unterdrückungsmaßnahmen und Drohungen ließen sich die Lehrer nicht einschüchtern. Insgesamt 15000 legten am Dienstag letzter Woche während der beiden letzten Unterrichtsstunden in Hamburg, Hessen und Niedersachsen demonstrativ die Arbeit nieder. Auf zahlreichen Kundgebungen und Versammlungen trugen sie ihre Forderungen vor und protestierten gegen die staatlichen Zwangsmaßnahmen.— Am Donnerstag darauf demonstrierten in Celle anläßlich der dort stattfindenden Ministerpräsidentenkonferenz noch einmal 10000 Lehrer für ihre Forderungen.— Die Lehrer fordern eine Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von jetzt über 45 Stunden auf die im öffentlichen Dienst üblichen 40 Stunden und damit auch einen besseren Schulunterricht und kleinere Klassen.

Häftling von Wärtern totgeschlagen

MAINZ. Erst jetzt wurde bekannt, daß schon im Mai ein Gefangener in einer Mainzer Strafanstalt tot aufgefunden worden ist. Er war an Verletzungen gestorben, die ihm Vollzugsbeamte beigebracht hatten. Offenbar sollte die Tatsache, daß in einem Gefängnis unseres Landes wieder einmal ein Häftling von Wärtern brutal erschlagen wurde, vertuscht werden.

Nach der Aufdeckung dieses Skandals mußte Justizminister Theisen seinen Rücktritt erklären. Theisen, dem noch wenige Tage zuvor von der CDU-Fraktion im Landtag das Vertrauen ausgesprochen wurde, ist unter anderem auch dafür verantwortlich, daß die Ermittlungen gegen den früheren SS-Obersturmführer Strippel jahrelang verschleppt worden sind.

Ex-RAF-Mitglied bekommt Geld vom BKA

FRANKFURT. In dem Prozeß gegen Astrid Proll deckte die Verteidigung auf, daß Karl Heinz Ruhland, Zeuge der Anklage, regelmäßig größere Geldbeträge vom BKA bekommen hat. Teilweise sind diese Beträge mit fingierten Absenderangaben eingezahlt worden. Es gibt jedoch auch Belege, auf denen das BKA selbst als Absender aufgeführt ist.

Jetzt ist deutlich geworden, daß Ruhland für seine Tätigkeit direkt bezahlt wird. Für die Staatsanwaltschaft im Proll-Prozeß ist das allerdings kein Anlaß, auf diesen sauberen Zeugen zu verzichten. Staatsanwalt Schneider erklärte nur: „Im übrigen ist es nicht strafbar, wenn man Geld vom BKA annimmt."

Neuer Personalausweis mit Seriennummer

WIESBADEN. Bei einer Tagung des Bundeskriminalamtes mit 300 in- und ausländischen Kriminalisten, Wissenschaftlern und Staatsanwälten verteidigten Innenminister Baum und BKA-Chef Herold das Konzept der totalen Überwachung der Bevölkerung durch die Polizei-Computer.

Heftige Auseinandersetzungen mit anwesenden Datenschutzexperten gab es um den geplanten neuen Polizeiausweis. Dieser Ausweis — von Professor Steinmüller als „Katastrophe" bezeichnet — soll 1981 ausgegeben werden. Er besteht aus einer Karte, in die fälschungssicher das Bild des Trägers eingeschweißt ist. Und er wird sowohl eine durchlaufende Seriennummer haben, als auch von jedem Computer-Terminal maschinell lesbar sein.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich die Möglichkeit, durch jeden beliebigen Computer alle Daten eines Bundesbürgers abzufragen. Baum und Herold waren nicht bereit, auf die schweren Bedenken, die gegen diesen neuen Ausweis vorgebracht wurden, einzugehen. Herold offenbarte zudem, welchen Platz der Bonner Staat dem Datenschutz überhaupt zumißt. Datenschutz — so erklärte er — „darf die Arbeit der Polizei nicht behindern", er müsse sich vielmehr an den Aufgaben der Polizei orientieren.

Friedenskampagne in der DDR

Breschnews Friedensinitiative und was dahintersteckt

Spekulationen mit dem Friedenswillen der Werktätigen

„Denjenigen, die das Wettrüsten anheizen wollen, werden wir mit unserer millionenfach unterzeichneten Willenserklärung Einhalt gebieten", zitierte die DDR-Presse einen Ostberliner Rentner. Der — sicher wohlgemeinte Ausspruch — gilt der Unterschriftenkampagne, die gegenwärtig in der DDR durchgeführt wird. Der Eindämmung des Wettrüstens dient die Kampagne allerdings nicht.

Die Unterschriftenkampagne begann am 1. November. Zuvor hatte der Nationalrat der Nationalen Front (in ihm sind, unter Führung der SED, alle Parteien und Massenorganisationen der DDR zusammengefaßt) den Text der „Willenserklärung" mit dem Aufruf verbreitet: „Bürger der DDR, zeichnet den Appell mit Eurem Namen!"

In der „Willenserklärung" heißt es unter anderem: „Wir haben unser Land nicht aus Ruinen aufgebaut, damit noch einmal alles in Trümmer sinkt. Was unser Fleiß schuf, darf nicht wieder zerstört werden... Wir fordern: Keine neuen Atomraketen in Westeuropa — dafür Schritte zur Abrüstung! Kein Wettrüsten — dafür Fortsetzung der Entspannung!" — Keine schlechten Ziele — sollte man meinen. Bei näherer Betrachtung erweist sich die Kampagne als reines Propagandamanöver.

Ausgangspunkt der Kampagne ist die Rede des sowjetischen Parteichefs Breschnew am 6. Oktober anläßlich der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der DDR in Ostberlin. In dieser Rede kündigte Breschnew den Abzug von 10000 Soldaten und 1000 Panzern aus der DDR innerhalb eines Jahres an. Außerdem bot er Verhandlungen über die Reduzierung der Mittelstreckenraketen an. Wörtlich sagte er: „Wir sind bereit, die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in den westlichen Gebieten der Sowjetunion stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren, selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite stationiert werden."

Breschnews Ausführungen wurden von einschlägigen Kreisen sofort emphatisch begrüßt. So bejubelte in Westdeutschland die DKP-Zeitung *Unsere Zeit* die Breschnew-Rede als „positives Signal für die weiteren Abrüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen" und sprach vom „Abrüstungsbeispiel der UdSSR". In der DDR wurde die Rede zum Anlaß und Auslöser für die genannte Unterschriftenkampagne.

Unterschriftensammlung allerorts in vollem Gange

Am Wochenende unterschrieben wiederum Tausende den Appell UdSSR-Friedensinitiative im Mittelpunkt der politischen Gespräche



Berlin (ND). Am Wochenende waren überall in Städten und Gemeinden Helfer der Nationalen Front unterwegs, um den Bürgern die Willenserklärung der DDR zur Unterschrift vorzulegen. Wiederum unterzeichneten Tausende den Ruf aus Berlin. Bürger aller Bevölkerungsschichten bekundeten bei Zusammenkünften in Häusern und Wohngebietsversammlungen, daß der Friedensinitiative der Sowjetunion ihre volle Unterstützung gehört.

DRESDEN. Mehr als 4000 Mitarbeiter von Wohnbezirksausschüssen der Nationalen Front, Abgeordnete örtlicher Volksvertretungen und Hausgemeinschaftsleitungen waren am Sonnabend und am Sonntagvormittag in Dresden unterwegs, um mit Tausenden Familien über politische Grundfragen unserer Zeit zu sprechen und

Die SED-Kampagne in *Neues Deutschland*

Etwas genauer unter die Lupe genommen, verlieren Breschnews Angebote rasch allen scheinbaren Glanz. Betrachten wir zunächst die „spektakulären" Truppen- und Waffenverminderungen.

In der DDR sind — nach unterschiedlichen Quellen — 21 sowjetische Divisionen stationiert: zehn Panzerdivisionen, zehn Panzergrenadierschützendivisionen und eine Artilleriedivision. Die Mannschaftsstärke einer Division beträgt nach Angaben des „Weißbuchs" der Bundesregierung für 1975/1976 11000 bis 14000 Mann, nach anderen Angaben 10000 Mann. Machte Breschnew seine Ankündigung wahr, so würde die Zahl der in der DDR stationierten Besatzungstruppen im höchstens den zwanzigsten Teil verringert, wobei auch noch nicht klar ist, ob ganze Einheiten abgezogen oder die bestehenden Einheiten nur ausgedünnt würden.

Das reale Ausmaß von Breschnews angekündigter Truppenverminderung wird vollends klar, wenn man die Veränderungen in der Truppenstärke in den letzten Jahren in Rechnung stellt. Nach Angaben des „Weißbuchs 1975/1976" erhöhte sich die Mannschaftsstärke der sowjetischen Divisionen in der DDR um jeweils 2000 bis 3000 Mann. Das macht bei 21 Divisionen die Summe von rund 50000 Soldaten aus. Auch wenn man annimmt, daß die Zahlen des „Weißbuchs" stark übertrieben sind, so ergibt sich doch, daß die von Breschnew angekündigte Reduzierung um 10000 Mann noch nicht einmal die in den letzten Jahren betriebene Truppenverstärkung ausgleicht. Von Truppenverminderung kann da keine Rede sein, höchstens von Truppenverstärkungskosmetik.

Was die in der DDR stationierten sowjetischen Panzer betrifft, so sind die Zahlenangaben hierfür noch vager als die für die Truppenstärken. Das — sicher übertreibende — „Weißbuch 1975/1976" gibt für Mitteleuropa — darunter die DDR — für das Jahr 1975 die Zahl von 19000 Panzern an. Rechnet man das Verhältnis der außerhalb der Sowjetunion stationierten Sowjettruppen — von 32 sowjetischen Divisionen befinden sich 21 in der DDR und 11 in den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten — auf die Zahl der Panzer an, so ergibt sich für die DDR die Zahl von rund 12500 Panzern. Nach Angaben der Illustrierten *Stern* — danach sind 11000 Sowjetpanzer in Mitteleuropa stationiert — errechnet sich die Zahl 7200 für die DDR.

Von diesen 7200 bis 11000 Panzern sollen nun 1000 abgezogen werden. Das scheint — verglichen mit der „Truppenverminderung" — verhältnismäßig viel. Nun muß man bedenken, daß die angekündigte Panzerausdünnung noch nicht einmal die Verstärkung der Panzerverbände in den Jahren 1970 bis 1975 wettmacht: in diesem Zeitraum wurde die Zahl der sowjetischen Kampfpanzer in der DDR um 2000 vergrößert. Nicht Abrüstung, sondern Aufrüstungskosmetik!

Breschnews Ankündigungen bedeuten außerdem nur eine Zurückverlegung, nicht aber eine Demobilisierung von Truppen oder Verschrottung von Panzern. Die in die Sowjetunion zurückverlegten Truppenteile können — zusammen mit den 30 Divisionen, die in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion stationiert sind — jederzeit in die DDR zurückgeworfen werden.

Kommen wir zum dritten Angebot in der Rede Breschnews am 6. Oktober: dem Vorschlag, Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenraketen zu führen. Den aktuellen Hintergrund dieses Vorschlags bilden die Pläne der NATO, atomare Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stationieren. Sicher stellen diese Pläne der NATO-Kriegstreiber eine ungeheuere Bedrohung des deutschen Volkes — in Ost- und Westdeutschland — und der gesamten europäischen Völker dar (siehe *Roter Morgen* 41 und 46). Breschnews Angebot aber ist nichts anderes als Heuchelei, ein Versuch, den anderen Teil die Verantwortung für die eigene wahnwitzige Aufrüstung und Kriegstreiberei in die Schuhe zu schieben.

In der DDR geht die Kampagne zur Unterzeichnung der „Willenserklärung" für die „UdSSR-Friedeninitiative" bis Ende November. Geplant ist die Sammlung von insgesamt 10 Millionen Unterschriften. Dieses Ergebnis ist — gemessen an den bisher erreichten Unterschriften — durchaus wahrscheinlich. Es dokumentiert den Abscheu der Werktätigen der DDR gegen den Krieg, ihren Willen zum Frieden.

Der Friedenswille der Werktätigen aber wird durch die Kampagne schamlos mißbraucht. Einmal sucht die DDR-Führung dadurch die Bevölkerung ihres Staates darüber zu täuschen, daß die UdSSR und der Warschauer Pakt Kriegstreiber und Aufrüster großen Stils sind. Zum anderen orientiert und vertröstet sie die Werktätigen dadurch auf eine Scheinlösung: auf Verhandlungen zwischen den Supermächten. Die Supermächte USA und UdSSR, deren größtes Geschäft die Rüstung ist und die ihre wahnwitzigen Armeen und Waffenarsenale zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Interessen benötigen, haben kein Interesse an Abrüstung. Deutlich dokumentieren dies die SALT-Verhandlungen, die in Wirklichkeit nicht Ab-, sondern Aufrüstungsverhandlungen sind.

Für die Werktätigen liegt die Lösung in etwas anderem: In jedem Teil Deutschlands müssen sie, entsprechend ihren Bedingungen, gegen die Kriegstreiber und Militaristen kämpfen — im Osten gegen die revisionistischen Cliquen der Honecker und Breschnew, im Westen gegen die Washingtoner Kriegstreiber und Bonner Revanchisten. Sie müssen fordern: **Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden. Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt, der Bundesrepublik aus der NATO.**

Honecker in Äthiopien

DDR stützt Militärregime mit Waffen und Soldaten

In der vergangenen Woche hielt sich SED-Chef Honecker zu einem Staatsbesuch in Äthiopien auf. Es war schon die zweite Reise, die er in diesem Jahr nach Afrika unternahm. Erst im Frühjahr hatte er Angola, Sambia, Mosambik und Libyen besucht.

In Äthiopien war während Honeckers Aufenthalt viel von der Völkerfreundschaft und vom gemeinsamen antiimperialistischen Kampf die Rede. Honecker und Mengistu, der Führer der äthiopischen Militärjunta, hängten sich gegenseitig den jeweils höchsten Orden ihres Landes um und feierten gar einer den anderen als großen Marxisten-Leninisten.

Mit dieser Show wollten sie den reaktionären Charakter der Regimes bemänteln, die sie vertreten, und ihren Beziehungen einen fortschrittlichen Anstrich geben. Im Verlauf der gegenseitigen Lobhudeleien konnte man von Honecker allerdings auch einen bemerkenswerten Satz hören. Der SED-Chef sagte nämlich: „Wir haben keinen Augenblick gezögert, als es sich darum handelte, euch Waffen und Brot zu schicken, damit ihr euren Kampf erfolgreich führen könnt."

Bislang hat die DDR Waffenlieferungen an die äthiopischen Militärs mit aller Entschiedenheit bestritten. Honecker selbst hat diese Erklärung nun Lügen gestraft. Mengistu allerdings hatte früher schon einmal davon gesprochen, daß Bürger der Sowjetunion, Kubas und der DDR an der Seite der Äthiopier „kämpfen, leiden und sterben". Das war ein direktes Eingeständnis der Tatsache, daß auch Soldaten aus der DDR als kämpfende Truppe in dem afrikanischen Land stehen. Und für welchen Zweck lieferte Ostberlin Waffen? Wofür „kämpfen und sterben" die in Äthiopien eingesetzten Angehörigen der NVA?

Das Militärregime von Addis Abbeba führt einen brutalen Krieg zur Niederwerfung des Volkes von Eritrea, das schon seit Jahrzehnten für seine Unabhängigkeit kämpft. Vor genau einem Jahr begann die letzte große Offensive gegen Eritrea. Sie wurde vorgetragen mit sowjetischen MIG-Bombern vom Typ 21 und 23, mit sowjetischen Panzern und anderen schweren Waffen. Und bedient wurde diese Kriegsmaschinerie zum großen Teil von Experten aus der Sowjetunion, aus Kuba und der DDR.

Die Offensive gegen Eritrea wurde nach der gleichen barbarischen Strategie der „verbrannten Erde" durchgeführt, wie sie früher die amerikanischen Imperialisten gegen das Volk von Vietnam geführt haben. Dörfer wurden im Tiefflug mit Napalmbomben angegriffen und dem Erdboden gleichgemacht. Mit Pflanzengiften, die aus der Luft gestreut wurden, vernichtete man die Ernte und gab so das Volk von Eritrea dem Hungertod preis. Allein während der ersten Wochen dieser Offensive wurden 5000 Menschen getötet und 100000 ausgebombt.

Mit diesem mörderischen Feldzug wollte Moskau das ihm hörige Regime in Addis Abbeba an der Macht halten und das Volk von Eritrea niederzwingen, auf dessen Gebiet die für den Kreml wichtigen Häfen am Roten Meer liegen. Und deutsche Soldaten werden vom Honecker-Regime abkommandiert, um sich an diesem Völkermord zu beteiligen. Aber auch auf anderen Gebieten erweist die DDR dem Militärregime seine Hilfe. So werden Polizei und Geheimdienst in Äthiopien von Experten aus Ostdeutschland gedrillt, die ihren afrikanischen Kollegen das Handwerk der politischen Unterdrückung beibringen.

Äthiopien — das sei hier erwähnt — ist ein Land, in dem jede revolutionäre Opposition grausam unterdrückt wird. In den Folterstatistiken von amnesty international nimmt es Jahr für Jahr einen der ersten Plätze ein. Die sowjetische Supermacht bedient sich genauso wie ihre amerikanische Konkurrentin solcher Militärregimes, um ihre eigene imperialistische Herrschaft über andere Völker abzusichern. Und dafür „kämpfen, leiden und sterben" ostdeutsche Soldaten in Äthiopien.



Honecker und Mengistu weihen ein Marx-Denkmal ein



Kinder in Eritrea — von sowjetischen Bomben getötet

Beschluß der DDR-Führung:

Verkürzung der Planzeiten steigert Arbeitshetze

In der DDR sollen die Rationalisierungen verstärkt vorangetrieben und die Werktätigen zu erhöhten Arbeitsleistungen angehalten werden. Dies geht aus einem gemeinsamen Beschluß des SED-Politbüros und des DDR-Ministerrats hervor, der in dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" veröffentlicht wurde.

Der Beschluß sieht unter anderem vor, die Kapazität der Bauindustrie zu erhöhen und die vorgesehenen Bauzeiten für die einzelnen Objekte „bedeutend zu verkürzen" — und zwar im Durchschnitt um ein Drittel bis um die Hälfte. Zusätzliche Arbeitskräfte sollen dabei nicht eingesetzt werden. Die Folge kann nur sein, daß das Arbeitstempo und die Arbeitshetze verschärft werden, daß aus den Arbeitern noch mehr Arbeitsleistungen herausgepreßt werden sollen.

Außerdem fordert der Beschluß die Bevölkerung auf, Aktivitäten zu entwickeln und „über den Plan hinaus materielle Reserven" zu mobilisieren. Damit werden also — neben der gesteigerten Arbeitshetze — noch „freiwillige" Arbeiten außerhalb der normalen Arbeitszeit ohne besondere Entlohnung gefordert.

Der Beschluß des SED-Politbüros und DDR-Ministerrats stellt einen weiteren Versuch der DDR-Führung dar, die zunehmende Wirtschaftskrise zu steuern und die Lasten auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen. Bereits im Sommer hatte die DDR-Führung den rationellen Einsatz der Mittel, die Senkung des Materialverbrauchs und die Einsparung von Arbeitsplätzen gefordert. Auch die Verkürzung der Bauzeiten war schon damals genannt worden.

ARBED-Bosse wollen Walzwerk stillegen

„...als wären wir Dreck!"

Stahlarbeiter von St. Ingbert kämpfen für ihre Arbeitsplätze

ST. INGBERT/SAAR.— Durch ihre Kampfentschlossenheit konnten die Stahlarbeiter des ARBED-Werkes in St. Ingbert an der Saar einen ersten Erfolg bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze erringen.

Der luxemburgisch-deutsche Stahlriese ARBED hatte in der vorletzten Woche überraschend bekanntgegeben, daß das Walzwerk des ARBED-Betriebes in St. Ingbert innerhalb der kommenden Monate stillgelegt werden soll. Und das, obwohl den Konzern, der vor kurzem erst die saarländische Stahlindustrie geschluckt hat, für seine sogenannten Sanierungsbemühungen in den letzten Monaten aus Bonn und Saarbrücken Zuwendungen von mehr als einer Milliarde Mark in den Rachen geworfen wurden. Durch die Stillegung würden 290 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Am Freitag vorletzter Woche war der Betriebsrat über die Stillegungsabsicht informiert worden. Schon am Samstag trat der Vertrauenskörper der IG Metall zu einer Sondersitzung zusammen. Es wurde über die Notwendigkeit gesprochen, gegen den Stillegungsplan auf die Straße zu gehen. Am Montag demonstrierten die Kollegen dann in St. Ingebert für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Eine der Parolen der Stahlarbeiter lautete: „*ARBED fegt uns weg, als wären wir Dreck!*" Insgesamt an die tausend Menschen beteiligten sich an der Demonstration, darunter auch viele Gewerkschafter aus anderen Betrieben.

Diese prompte Reaktion der Arbeiter zwang die ARBED-Bosse für's erste zu einem Rückzieher. Die Stillegungspläne wurden offiziell vorerst zurückgenommen. Allerdings muß davon ausgegangen werden, daß die Stillegung bei günstiger Gelegenheit doch durchgezogen werden soll, zumal die Bonzen in der IGM-Führung längst zu erkennen gegeben haben, daß sie die Rationalisierungsstrategie des ARBED-Konzerns keineswegs grundsätzlich ablehnen.

Deshalb war es eine gute Sache, daß trotz des Rückziehers der Konzernherren am Mittwoch erneut die Arbeit niedergelegt und demonstriert wurde. Diesmal fand der Protestmarsch in Saarbrücken statt. Unterstützt wurde die Aktion durch die Belegschaft der Georg Heckel AG und der Röchling Burbach Stahl- und Waggonbau GmbH, zwei Tochterfirmen des ARBED-Konzerns.

Neuer Schlag des DUB-Schultheiss-Konzerns

Schlegel-Brauerei in Bochum wird stillgelegt

370 Kollegen verlieren Arbeitsplatz

BOCHUM.— Am 13. November (kein Freitag, sondern ein Montag) besiegelte der Aufsichtsrat des DUB-Schultheiss-Konzerns das Schicksal der traditionsreichen Bochumer Schlegel-Brauerei. Der Betrieb wird stillgelegt. 370 Beschäftigte, darunter 60 Behinderte, werden um ihren Arbeitsplatz gebracht.

700 Menschen haben einst bei Schlegel Arbeit gefunden, davon 500 in Bochum. Anfang 1971 schluckte der Dortmunder Getränkekonzern Dortmunder Union Brauerei Schultheiss AG das Bochumer Unternehmen.

Seitdem ist die Zahl der Beschäftigten auf 370 gesunken. Der Dortmunder Brauerei-Konzern ist einer der Hechte im Karpfenteich der bundesdeutschen Bierhersteller. Mit der Übernahme der Schlegelbrauerei (wie auch anderer kleinerer Brauereien) verstärkte DUB-Schultheiss seine Monopolstellung auf dem Biermarkt im nord-östlichen Teil des Ruhrgebiets und Nordrhein-Westfalens. Von Anfang an war die Demontage und das schließlich gänzliche Verschwinden von Schlegel das Ziel der Profitstrategen in der Dortmunder Konzernzentrale.

Und nebenbei gedenkt man mit der Beseitigung der Brauerei noch einen Extra-Reibach zu kassieren. Das Betriebsgelände, das nur einen Steinwurf vom Rathaus entfernt liegt, ist 20000 Quadratmeter groß. Der Verkauf dürfte etliche Millionen erbringen.

Genau so hat DUB-Schultheiss auch schon an der Stillegung der Recklinghäuser Braustätte von Schlegel verdient. Mehrere Jahre stand die stillgelegte Brauerei als Innenstadt-Ruine. Dann verkaufte man das Grundstück samt Abbruchgelände für 2,2 Millionen Mark an eine Versicherungsgesellschaft, die es wiederum an eine Wohnungsbaugesellschaft weiterverkaufte.

Es gibt noch ein drittes Beispiel dieser Konzernpolitik: Die Glückauf-Brauerei in Gelsenkirchen. Sie wurde vom DUB-Konzern vor Jahren geschluckt. Vor wenigen Wochen gaben die Konzernherren offiziell die geplante Stillegung bekannt, nachdem zuvor die Belegschaft nach und nach von 169 auf 52 Beschäftigte heruntergeschraubt worden war. Auch hier ist Grundstücksspekulation im Spiel. Die DUB-Kapitalisten wollen der Stadt Gelsenkirchen das wertvolle Grundstück verkaufen.



Keine Zukunft mehr soll die traditionsreiche Schlegel-Brauerei in Bochum haben. In der vergangenen Woche beschloß der Aufsichtsrat des Bierkonzerns DUB-Schultheiss, daß die Brauerei stillgelegt werden soll.

Kampf gegen Stillegung von AEG-Werk

HANNOVER.—Am Donnerstag vergangener Woche kam es in Hannover erneut zu einer Aktion der Arbeiter gegen die geplante Stillegung von AEG-Telefunken Werk II. Die gesamte Belegschaft legte um 13 Uhr, das ist drei Stunden vor Arbeitsschluß, die Arbeit nieder. Über 600 Kollegen demonstrierten dann von Werk II zu Werk I. Vor Werk I, wo der Aufsichtsrat von AEG-Telefunken tagte, fand eine Kundgebung der IG-Metall statt. Außer den Kollegen der beiden Werke versammelten sich hier zahlreiche Delegationen anderer Metallbetriebe Hannovers, darunter auch von den VW-Werken. Insgesamt beteiligten sich an der Kundgebung zwei- bis dreitausend Kolleginnen und Kollegen.

Bewegung für Verbot der Aussperrung wächst

„Mit allen rechtlichen und politischen Mitteln"

Stellungnahme des Hauptvorstands der HBV

DÜSSELDORF.— Der Kampf für das Verbot der Aussperrung wurde seit dem Arbeitskampf in der Stahlindustrie im vergangenen Winter von vielen aktiven Gewerkschaftern verstärkt aufgenommen. Immer mehr Gremien im DGB und sogar in der SPD sehen sich jetzt genötigt, die Aussperrung zu verurteilen und ihr Verbot zu fordern.

So erklärte der Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in der vergangenen Woche, die Fortsetzung des Kampfes gegen die Aussperrung „mit allen rechtlichen und politischen Mitteln" sei eine Schwerpunktaufgabe für alle Gliederungen der Gewerkschaft HBV.

Ferner sprach sich der HBV-Vorstand im Falle von Aussperrungsmaßnahmen für Solidaritätsaktionen aller DGB-Gewerkschaften aus. In den kommenden Monaten soll über geeignete Aktionen auf allen HBV-Ebenen diskutiert werden.

Bremen.- Nach dem DBG-Kreis-Hamburg hat jetzt auch der Bremer DGB-Vorstand die Forderung erhoben, daß in der Landesverfassung ein Verbot der Aussperrung verankert werden soll. Der DGB-Kreisvorstand wandte sich mit dieser Forderung an die neue Bremer Landesregierung.

STUTTGART.—Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Lothar Zimmermann, kündigte an, daß der SPD-Landesverband und die Landtagsfraktion in den nächsten Wochen über Schritte beraten werden, um für die Verankerung eines Verbotes der Aussperrung in der baden-württembergischen Landesverfassung einzutreten. Bislang enthält als einzige Landesverfassung die hessische ein Verbot der Aussperrung.

1 300 Arbeitsplätze im Visier der Bosse

Neue Massenentlassungen geplant

Mannesmann will zwei Werke stillegen

DÜSSELDORF.— Schon wieder sind die Mannesmann-Konzernbosse im Begriff Hunderte von Arbeitern auf die Straße zu werfen. Das Röhrenwerk in Hilden soll ganz und das Werk in Langenfeld teilweise stillgelegt werden.

Die Stillegungen sollen innerhalb der nächsten drei Jahre erfolgen. Das Werk Hilden beschäftigt gegenwärtig 659 Leute. Von der Teilstillegung im Werk Langenfeld sind 660 Beschäftigte betroffen.

Angeblich kann ein Teil der Betroffenen in den Werken Ohligs, Lierenfeld oder Rath unterkommen. Aber mit solchen Vertröstungen soll nur die Entschlossenheit der Arbeiter zersetzt werden, den brutalen Angriffen auf die Arbeitsplätze Widerstand entgegenzusetzen.

Als Grund für die Stillegungen haben die Mannesmann-Konzernherren selbst angegeben, dies sei die effektivste Form der Rationalisierung. Mit anderen Worten: durch die Arbeitsplatzvernichtung können sie höheren Profit erzielen.

Eigentlich wäre es die Aufgabe der IG-Metall-Führung (insbesondere von Berzirksleiter Kurt Herb), sofort Kampfmaßnahmen in die Wege zu leiten, auch über die direkt betroffenen Betriebe hinaus, um die geplanten Stillegungen zu verhindern. Aber es wäre natürlich illusionär zu erwarten, daß die IGM-Bonzen für die Verteidigung der Arbeitsplätze kämpfen.

Genau so wie Herb und Konsorten den Kampf um die 35-Stunden-Woche verraten haben, so haben sie bisher auch jeden Kampf gegen Stillegungen und Massenentlassungen verraten. Deshalb müssen die kämpferischen Gewerkschafter jetzt selbständige Initiative zur Durchkreuzung der Mannesmann-Pläne ergreifen.

Kurz berichtet

Solidarität mit den Lehrern

BREMEN.— Am 15. November verabschiedete der Vertrauenskörper der Gewerkschaft ÖTV im Krankenhaus Bremen-Ost folgende Solidaritätsresolution für die Lehrer:

„Der Vertrauensleutekörper der Betriebsgruppe der ÖTV im Krankenhaus Bremen-Ost unterstützt die GEW in ihrem Kampf für die Verkürzung der Lehrerarbeitszeit. Die von Niedersachsens Kultusminister Remmers ausgesprochene Suspendierung von sieben GEW-Kollegen ist ein massiver Angriff auf die Koalitionsfreiheit und wird von uns als Einschüchterungsversuch gegenüber gewerkschaftlicher Interessenvertretung begriffen. Daher sprechen wir den betroffenen Kollegen unsere volle Solidarität aus und fordern die sofortige Aufhebung der Suspendierung."

Lohnabschluß für Tischler

HAMBURG/KIEL.— Die Tischler in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein erhalten rückwirkend ab 1. Oktober 1979 eine Lohnerhöhung von 77 Pfennig pro Stunde. Das sind für die Kollegen in Hamburg und Bremen 6,8 und für die Kollegen in Schleswig-Holstein 6,9 Prozent mehr. Angesichts der scharfen Verteuerung der Lebenshaltung, die im Oktober '79 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ungefähr 12,5 Prozent ausmachte, ist dies wenig genug. Um die Reallöhne zu sichern, hätte nach Meinung vieler Kollegen mehr durchgesetzt werden müssen. Aber selbst dieser niedrige Abschluß war den Kapitalisten bereits zu hoch. Auf betreiben der Unternehmer-Verbands-Zentralen lehnten die Verbände des Tischlerhandwerks das Ergebnis kurz vor Ablauf der Erklärungsfrist noch ab. Als daraufhin die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) eine Urabstimmung durchführte, sprachen sich in Bremen 95 und in Hamburg 94 Prozent der Kollegen für einen Streik aus. Diese Kampfentschlossenheit der Tischlergesellen machte auf die Kapitalisten Eindruck. Sie nahmen den Tarifabschluß doch noch an.

HBV gegen F.J. Strauß

HANNOVER.— Die Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Ortsverwaltung Hannover, wies einmütig die Hetzpropaganda von der „kommunistischen Unterwanderung" der HBV zurück. In einer einstimmig angenommenen Erklärung rief die Delegiertenkonferenz des DGB-Kreis Hannover zu Aktionen gegen Franz Josef Strauß auf, der am 24. November in Hannover auftreten will.



ÖTV für 35-Stunden-Woche

TÜBINGEN.— In einem Antrag an den kommenden Gewerkschaftstag fordert die Kreisdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft ÖTV Neckar-Alb die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit verabschiedet.

Seeleute streikten

BRUNSBÜTTEL.— Die 20 Mann starke Besatzung des unter Panamaflagge fahrenden Frachters „Lone Eagle" ist bei der Durchfahrt durch den Nordostseekanal in den Streik getreten. Der Grund: seit drei Monaten haben die Seeleute keine Heuer mehr erhalten. Zugleich richtet sich der Streik gegen schwere Sicherheitsmängel und gegen das schlechte Essen an Bord.

ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Dortmund

Harte Auseinandersetzung um Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Große Mehrheit für gesetzliches Verbot der Aussperrung

DORTMUND.— Am 17. November fand die zweite und abschließende Sitzung der Kreisdelegiertenkonferenz Dortmund der Gewerkschaft ÖTV statt (über die erste Sitzung berichteten wir im vorletzten *Roten Morgen*). Die Delegierten verabschiedeten eine ganze Reihe wichtiger Anträge. Ein Antrag für die Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurde allerdings nach einer scharfen Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen Gewerkschaftern und dem Kreis- und Bezirksvorstand von der Mehrheit der Delegierten nicht unterstützt.

Dieser Antrag wurde vom Kreisvorstand und vom Bezirksvorstand mit großer Vehemenz angegriffen. Durch ihre Demagogie gelang es diesen reaktionären Funktionären, einen Teil der Delegierten zu beeinflussen. So kam es, daß sich die Mehrheit gegen den Antrag aussprach. Daß jedoch zum ersten Mal auf der Kreisdelegiertenkonferenz ein Antrag mit dieser Forderung vorgebracht wurde, ist dennoch ein Ausdruck für das Wachsen einer bewußten, klassenkämpferischen Opposition unter den aktiven ÖTV-Kollegen in Dortmund.

Diese Einschätzung wird durch einige andere Anträge bestätigt, die ebenfalls innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen betreffen und sich gegen die Unterdrückung der innergewerkschaftlichen Demokratie richten. So zum Beispiel ein Antrag, der den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten die Aufgabe und das Recht zuspricht, betriebliche Kampfaktionen vorzubereiten und durchzuführen.

Auch dieser Antrag stieß auf den erbitterten Widerstand der Bezirks- und Kreisleitung. Er wurde aber trotzdem mit der Mehrheit der Stimmen verabschiedet.

Es wurde noch eine Vielzahl fortschrittlicher Anträge verabschiedet, die teilweise direkt im Gegensatz zu den Positionen der Gewerkschaftsführung stehen. Wichtig ist unter anderem, daß ein Antrag eine große Mehrheit fand, der an den 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag im kommenden Jahr weitergeleitet werden soll und vom Gesetzgeber *„ein eindeutiges, gesetzliches Verbot der Aussperrung im Bundestag und Bundesrat zu beschließen“* fordert.

Im nächsten *Roten Morgen* werden wir weitere Einzelheiten über diese Konferenz und die verabschiedeten Anträge berichten.



Mitglieder der Dortmunder ÖTV bei der Abschlußkundgebung der diesjährigen 1.-Mai-Demonstration

Betriebsvereinbarung bei Opel-Rüsselsheim

Zuschuß zum Kurzarbeitergeld

20 Prozent vom Kurzarbeitergeld, mindestens 55 Mark

RÜSSELSHEIM.— Dem Betriebsrat der Opelwerke in Rüsselsheim ist es gelungen, eine Betriebsvereinbarung zu erreichen, die den von Kurzarbeit betroffenen Kollegen einen Zuschuß durch die Opel-Kapitalisten zur Aufbesserung des Kurzarbeitergeldes bringt.

Die Betriebsvereinbarung beinhaltet, daß Opel zu dem vom Arbeitsamt bezahlten Kurzarbeitergeld (68 Prozent des letzten Nettolohns) einen Zuschuß in Höhe von 20 Prozent dieses Kurzarbeitergeldes gewährt, jedoch nicht weniger als 55 Mark in einer Kurzarbeitswoche. Das bedeutet, daß zwar kein voller Lohnausgleich erreicht ist, wie ihn die RGO-Betriebsgruppe in einem Flugblatt gefordert hatte, aber immerhin hält sich der Lohnausfall nun in erträglichen Grenzen. Das ist zweifellos ein Erfolg für die Belegschaft.

Die Betriebsvereinbarung hat eine Laufzeit bis Ende August nächsten Jahres. Die Opel-Bosse hatten — wie schon gemeldet — vor kurzem Kurzarbeit für einen Teil der Rüsselsheimer Belegschaft im November und Dezember angemeldet. In der letzten Novemberwoche müssen 16000 der 43000 Beschäftigten pausieren; in der ersten Novemberwoche 20000.

Festzustellen bleibt allerdings, daß die Opel-Kapitalisten mit den drei Millionen Mark, die die Ausgleichszahlungen für die zwei Kurzarbeitswochen schätzungsweise ausmachen, noch ganz gut wegkommen. Denn als die Konjunktur noch auf Hochtouren lief, hätten eigentlich durch entsprechende Neueinstellungen Arbeitslose von der Straße geholt werden müssen. Stattdessen wurde das letzte aus den Opelarbeitern an Leistung herausgepreßt. Sonderschicht auf Sonderschicht wurde geknüppelt, und der Betriebsrat mit dem Bonzen Heller an der Spitze gab dazu seine Zustimmung.

Heller wandte sich — ganz im Einklang mit dem Profitinteresse der Opel-Bosse — selbst gegen eine „expansive Einstellungspolitik“, das heißt, gegen eine Vergrößerung der Belegschaft, wie sie gemäß der Produktionserhöhung angemessen gewesen wäre. Diese Politik „Überstunden statt Neueinstellungen“ hat den Opel-Kapitalisten in den letzten Jahren Milliarden an zusätzlichem Profit eingebracht.

11. ordentlicher Gewerkschaftstag der RFFU

Erster organisierter Rundfunkstreik beschlossen

Außerdem bundesweiter Warnstreik gegen Zerschlagung des NDR

SIEGEN.— Am Freitag vergangener Woche ging der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) zu Ende. Durch seine Beschlüsse über gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen an den Rundfunk- und Fernsehanstalten erregte er großes Aufsehen.

200 Delegierte nahmen am 11. Gewerkschaftstag der RFFU in der DGB-Gewerkschaft Kunst teil. Auf Antrag der Mitglieder beschloß der Hauptvorstand der RFFU formell die Durchführung von Kampfmaßnahmen und die Vorbereitung der Urabstimmung.

Es geht erstens um die Durchsetzung eines einheitlichen Manteltarifvertrages bei der Deutschen Welle in Köln, der bereits vor sechs Monaten zwischen den Tarifparteien vereinbart worden ist, den die Rundfunkanstalt jedoch bis heute nicht unterschrieben hat. Zweitens drängte der Gewerkschaftstag den Hauptvorstand dazu, Kampfmaßnahmen gegen die Zerschlagung des Norddeutschen Rundfunks und gegen den Angriff auf das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem einzuleiten. Die Delegierten forderten die Einleitung eines bundesweiten Warnstreiks an allen Rundfunk- und Fernsehanstalten. In einem Beschluß des Gewerkschaftstages heißt es dazu:

„Die Delegierten protestieren nicht nur gegen die Zerschlagung des NDR als Dreiländeranstalt und gegen die dreisten Versuche, das öffentlich-rechtliche System durch Privatisierung zu unterlaufen, sondern verleihen ihrer Entschlossenheit auch Ausdruck: Der Gewerkschaftstag fordert den Hauptvorstand und Geschäftsführenden Vorstand und die Vorstände aller Verbände auf, als erste Kampfmaßnahme gemeinsam einen bundesweiten Warnstreik vorzubereiten und einzuleiten. In der Zeit der Warnstreiks sollen weder Hörfunk- noch Fernsehsendungen ausgestrahlt werden.“

BONN.— Die skandalösen Überwachungspraktiken des Verfassungsschutzes gegenüber den Arbeitern und ihren Vertretern in den Betrieben, deren Bekanntwerden einen Sturm des Protestes und der Empörung in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Gewerkschaften, ausgelöst hatte, fanden jetzt einen Fürsprecher innerhalb des DGB-Apparates.

ÖTV-Vorstandsmitglied tritt für Bespitzelung der Belegschaft ein

„Auch Betriebsratsmitglieder müssen überwacht werden“

Am Mittwoch letzter Woche, anläßlich einer Delegiertenkonferenz der ÖTV-Fachgruppe Verfassungsschutz (!), verteidigte Albrecht Rothländer, Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft ÖTV und zuständig für den „Fachbereich Verfassungsschutz“, voll und uneingeschränkt die arbeiterfeindliche, polizeistaatsmäßige Spitzel- und Überwachungstätigkeit des Verfassungsschutzes in den Betrieben.

Rothländer erklärte auf der Konferenz, es sei selbstverständlich, daß auch Betriebsratsmitglieder vom Verfassungsschutz überwacht werden müßten, zumal verfassungswidrige Bestrebungen auch in diesem Bereich in Einzelfällen gefördert würden.

Sprecher der sogenannten ÖTV-Fachgruppe Verfassungsschutz klagten auf der Konferenz darüber, daß die zuständige politische Leitung in Bonn die Verfassungsschutzbeamten bei der jetzigen „Kampagne gegen den Verfassungsschutz“ „im Regen stehen läßt“. Deshalb sei die Stimmung unter den Verfassungsschützern inzwischen so schlecht, daß es schwierig sei, geeigneten Nachwuchs zu gewinnen.

Raus mit Rothländer aus der ÖTV!

Das ist eine Provokation für jeden Gewerkschafter, für jeden demokratisch gesinnten Menschen! Ein Vorstandsmitglied stellt sich in aller Öffentlichkeit hin und verteidigt die skandalösen Umtriebe des Verfassungsschutzes in den Betrieben, die widerwärtige Gesinnungsschnüffelei, die Bespitzelung der Belegschaften, die Überwachung der Betriebsratswahlen!

Haben nicht ungezählte gewerkschaftliche Versammlungen und Konferenzen bis hin zu zentralen Gewerkschaftskongressen schärfsten Protest gegen diese Polizeistaatsmethoden, gegen diese sich gegen die Arbeiterbewegung richtende Überwachungs- und Spitzeltätigkeit angemeldet und ihre sofortige Beendigung gefordert? Und gibt es nicht auch Dutzende entsprechender Entschließungen von Mitglieder- und Funktionärskonferenzen in der ÖTV-Gewerkschaft?

Wie ist es möglich, daß ein Mitglied des ÖTV-Hauptvorstandes es dennoch wagen kann (vermutlich sogar mit Billigung von Kluncker und Konsorten), der gewerkschaftlichen Basis, allen demokratisch gesinnten Funktionären mitten ins Gesicht zu schlagen und sich zum Fürsprecher der Bespitzelung der Arbeiterklasse zu machen??!!

Wie ist es möglich, daß solche Reaktionäre überhaupt in den höchsten Führungsgremien der DGB-Gewerkschaften sitzen? Wie ist es möglich, daß Gremien sich als offizielle Gremien der ÖTV bezeichnen dürfen (wie die „Fachgruppe Verfassungsschutz“), die den berechtigten und notwendigen Kampf der Arbeiterbewegung gegen die Verfassungsschutz-Schnüffeleien verunglimpfen und verleumden?

Sowas gibt's doch auf keinem Schiff!

Solche Typen wie Herr Rothländer haben in Organisationen der Arbeiterklasse nichts zu suchen — und schon gar nicht in den Führungsgremien. Daß derartige Elemente überhaupt in der Gewerkschaftsführung sitzen, ist eine makabre Sache. Raus mit Rothländer aus der ÖTV! Raus mit allen Angehörigen des Verfassungsschutzes aus der ÖTV! Weg mit der „Fachgruppe Verfassungsschutz“!

Gewerkschaft HBV fordert:

Schluß mit der Bespitzelung!

DÜSSELDORF.— Das höchste Gremium der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zwischen den Gewerkschaftstagen, der Gewerkschaftsausschuß, nahm auf seiner Sitzung am Donnerstag vergangener Woche gegen die Bespitzelung der Betriebsräte durch den Verfassungsschutz Stellung. Diese Spitzeltätigkeit richte sich gegen die existentiellen Grundlagen gewerkschaftlicher Arbeit, deshalb müsse jede in diese Richtung gehende Entwicklung gestoppt werden. Alle Daten, die infolge der Überwachung von Betriebs- oder Personalratswahlen gespeichert worden sind, müßten unverzüglich gelöscht werden.

ÖTV in Erlangen

Teuerungszulage noch in diesem Jahr

ERLANGEN. — Die Kreisdelegiertenkonferenz Erlangen der Gewerkschaft ÖTV, die in der vergangenen Woche stattfand, beschloß einen Antrag, in dem die Große Tarifkommission sowie der Hauptvorstand der ÖTV aufgefordert werden, noch für 1979 einen Teuerungszuschlag von 500 Mark für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durchzusetzen.

Oppositionelle Betriebsräte um Willi Hoss bleiben ausgeschlossen

IGM-Bonzen lehnen Wiederaufnahme ab

Grund: Weigerung, sich bedingungslos zu unterwerfen

STUTTGART.— Der Vorstand der IG Metall in Frankfurt hat den Wiederaufnahmeantrag von neun aus der IGM ausgeschlossenen Kollegen bei Daimler-Benz in Stuttgart, die der Gruppe um den oppositionellen Betriebsrat Willi Hoss angehören, abgelehnt.

Die Ablehnung wurde auf Empfehlung der Stuttgarter Ortsverwaltung sowie der Bezirksleitung der IG-Metall (mit dem pseudolinken Bonzen Steinkühler an der Spitze) ausgesprochen. Als Grund für die Ablehnung wurde unter anderem angeführt, die oppositionelle Gruppe weigere sich darauf zu verzichten, ihre eigene Betriebszeitung „Plakat“ auch künftig herauszubringen, und sie habe sich ferner nicht bereit erklärt, von vorneherein auf eine eigene Liste bei der nächsten Betriebsratswahl zu verzichten.

Das bedeutet praktisch: jede oppositionelle Haltung gegen die Bonzen im IG-Metall-Vorstand, sowie in der Ortsverwaltung und der Bezirksleitung soll unterdrückt werden. Wer sich dem diktatorischen Regime der Bonzen nicht unterwirft, muß mit seinem Rausschmiß rechnen.

Bei Daimler-Benz in Stuttgart haben gerade die Betriebsräte der Hoss-Gruppe sich noch am konsequentesten für die Interessen der Belegschaft eingesetzt. Nicht umsonst haben sie trotz der Diffamierungen seitens der IBM-Bonzen bei der letzten Betriebsratswahl fast 40 Prozent der Stimmen für ihre Liste bekommen.

Dieses Ergebnis kam übrigens zustande, nachdem es der Hoss-Gruppe gelungen war aufzudecken, daß beim ersten Wahlgang das Wahlergebnis zugunsten der IGM-Liste gefälscht worden war. Es waren gefälschte Stimmzettel in die Urnen geschmuggelt worden.

Bezeichnend ist, daß Fälscher weder ausfindig gemacht noch gerichtlich belangt wurden. Auch innergewerkschaftlich hatte dieser Skandal keine Konsequenzen. Es ist ein finsteres Kapitel, daß in der IG-Metall Wahlfälscher an einflußreicher Stelle sitzen können, während ehrliche Gewerkschafter, oppostionelle und revolutionäre Arbeiter, mit Ausschlußterror bekämpft werden.

Schluß mit den Gewerkschaftsausschlüssen gegen oppositionelle und klassenkämpferische Kollegen! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen fortschrittlichen Gewerkschaftsmitglieder!

J.W. Stalin

Über den Kampf gegen die rechten und „ultralinken“ Abweichungen

I

Ich denke, daß Hansen und Ruth Fischer auf einem falschen Standpunkt stehen. Sie fordern, daß der Kampf gegen die Rechten und die „Ultralinken“, sozusagen der Gerechtigkeit halber, immer und überall, unter allen Umständen mit der gleichen Schlagkraft geführt werde. Dieser Standpunkt daß die Schläge gegen die Rechten und die „Ultralinken“ unter allen Umständen und in jeder Situation der Gerechtigkeit halber gleichmäßig verteilt werden müssen, ist ein kindischer Standpunkt. So kann ein Politiker die Frage nicht stellen. Die Frage des Kampfes gegen die Rechten und die „Ultralinken“ darf man nicht unter dem Gesichtswinkel der Gerechtigkeit betrachten, sie muß unter dem Gesichtswinkel der Erfordernisse des politischen Augenblicks, unter dem Gesichtswinkel der politischen Bedürfnisse der Partei in jedem gegebenen Augenblick betrachtet werden. Warum ist in der französischen Partei der Kampf gegen die Rechten gegenwärtig die dringlichste *aktuelle* Aufgabe, während in der deutschen Kommunistischen Partei die *aktuelle* Aufgabe der Kampf gegen die „Ultralinken“ ist? Weil die Lage in der deutschen und der französischen Kommunistischen Partei nicht die gleiche ist. Weil die politischen Bedürfnisse dieser zwei Parteien im gegebenen Augenblick verschieden sind.

Deutschland ist erst vor kurzem aus einer tiefen revolutionären Krise hervorgegangen, in der die Partei den Kampf mit der Methode des direkten Angriffs führte. Jetzt macht die deutsche Kommunistische Partei eine Periode des Kräftesammelns und der Vorbereitung der Massen auf die künftigen entscheidenden Kämpfe durch. Zur Erreichung der alten Ziele unter neuen Verhältnissen taugt die Methode des direkten Angriffs jetzt bereits nicht mehr. Jetzt ist erforderlich, daß die deutsche Kommunistische Partei zur Methode der Umgehungsbewegungen übergeht, mit dem Ziel, die Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland zu gewinnen. Es ist nur natürlich, daß sich unter solchen Verhältnissen in Deutschland eine Gruppe „Ultralinker“ gefunden hat, die, in schülerhafter Weise alte Losungen wiederholend, es nicht verstanden hat oder nicht willens ist, sich den neuen Kampfbedingungen, die neue Arbeitsmethoden erfordern, anzupassen. Daher die „Ultralinken“, die die Partei durch ihre Politik daran hindern, sich den neuen Kampfbedingungen anzupassen und sich den Weg zu den breiten Massen des deutschen Proletariats zu erschließen. Entweder bricht die deutsche Kommunistische Partei den Widerstand der „Ultralinken“, und dann wird sie den breiten Weg der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse beschreiten, oder aber sie tut dies nicht, und dann wird sie die gegenwärtige Krise in eine chronische und für die Partei verderbliche Krise verwandeln. Daher der Kampf gegen die „Ultralinken“ in der deutschen Kommunistischen Partei, als die aktuelle Aufgabe der Partei.

In Frankreich haben wir eine andere Lage. Dort hat es noch keine tiefe revolutionäre Krise gegeben. Dort wurde der Kampf im Rahmen der Legalität, mit ihren ausschließlich oder fast ausschließlich legalen Kampfmethoden, geführt. Jetzt aber macht sich in Frankreich eine Krise bemerkbar. Ich denke an den Krieg in Marokko und in Syrien sowie an die finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs. Wie tief diese Krise geht, läßt sich noch schwer sagen, dennoch aber ist es eine Krise, die von der Partei die Verbindung legaler und illegaler Kampfbedingungen erfordert, die von der Partei ein Höchstmaß an Bolschewisierung erfordert. Es ist nur natürlich, daß sich unter solchen Verhältnissen in der französischen Partei eine Gruppe gefunden hat — ich meine die Gruppe der Rechten —, die es nicht verstanden hat oder nicht willens ist, sich den neuen Kampfbedingungen anzupassen, und die mechanisch weiterhin auf den alten Kampfmethoden als den einzig richtigen beharrt. Dieser Umstand muß natürlich die Bolschewisierung der französischen Kommunistischen Partei hemmen. Daher die rechte Gefahr in der französischen Kommunistischen Partei, als die *aktuelle* Gefahr. Daher die Aufgabe, gegen die rechte Gefahr zu kämpfen, als die dringlichste Aufgabe der französischen Kommunistischen Partei.

Einige Beispiele aus der Geschichte der KPdSU(B). Nach der Revolution von 1905 hatte sich bei uns in der Partei ebenfalls eine „ultralinke“ Gruppe mit dem Namen „Otsowisten“ gebildet, die es nicht verstand oder nicht willens war, sich den neuen Kampfbedingungen anzupassen und die die Methode der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten (Duma, Arbeiterklubs, Versicherungskassen u.a.) nicht anerkannte. Es ist bekannt, daß Lenin einen entschiedenen Kampf gegen diese Gruppe führte und daß es der Partei gelang, den richtigen Weg zu beschreiten, nachdem sie diese Gruppe überwunden hatte. Dasselbe war bei uns nach der Revolution von 1917 der Fall, als eine „ultralinke“ Gruppe gegen den Brester Frieden auftrat. Es ist bekannt, daß auch diese Gruppe von unserer Partei, mit Lenin an der Spitze, zerschlagen wurde.

Was besagen alle diese Tatsachen? Sie besagen, daß die Frage des Kampfes gegen die Rechten und die „Ultralinken“ nicht abstrakt gestellt werden darf, sondern daß sie konkret, je nach den politischen Verhältnissen, gestellt werden muß.

Ist es ein Zufall, daß die Franzosen dem Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale eine Resolution gegen die rechten Elemente ihrer Partei vorlegen, die Deutschen aber eine Resolution gegen die „Ultralinken“? Natürlich ist das kein Zufall. Wo es schmerzt, da greift man hin.

Darum ist der Standpunkt, daß die Schläge gegen die Rechten und die „Ultralinken“ der Gerechtigkeit halber gleichmäßig verteilt werden müssen, unhaltbar.

Gerade deshalb würde ich vorschlagen, im Entwurf der Resolution über die „Ultralinken“ in Deutschland den Satz zu streichen, in dem es heißt, daß in der deutschen Kommunistischen Partei der Kampf in gleicher Weise sowohl gegen die Rechten als auch gegen die „Ultralinken“ zugespitzt werden muß. Ich schlage vor, diesen Satz aus dem gleichen Grunde zu streichen, aus dem der Satz über die Zuspitzung des Kampfes gegen die „Ultralinken“ aus der Resolution über die Rechten in der französischen Kommunistischen Partei gestrichen wurde. Daß man gegen die Rechten und die „Ultralinken“ immer und überall kämpfen muß, ist absolut richtig. Aber nicht hierum geht es jetzt, sondern darum, worauf gegenwärtig die Frage in Frankreich einerseits und in Deutschland anderseits zugespitzt werden soll. Ich glaube, daß in der französischen Kommunistischen Partei die Frage auf den Kampf gegen die Rechten zugespitzt werden muß, denn dies erfordert im gegenwärtigen Augenblick die politische Notwendigkeit; in der deutschen Kommunistischen Partei hingegen muß die Frage auf den Kampf gegen die „Ultralinken“ zugespitzt werden, da dies im gegenwärtigen Augenblick die politischen Bedürfnisse der deutschen Kommunistischen Partei erfordern.

Welches ist die Stellung der Zwischengruppe in der deutschen Kommunistischen Partei, der Gruppe Ruth Fischer-Maslow, wenn man diese Frage von dem soeben dargelegten Gesichtspunkt aus betrachtet? Diese Gruppe deckt meiner Ansicht nach in diplomatischer Weise die „ultralinke“ Scholem-Gruppe. Ohne sich offen mit der Scholem-Gruppe solidarisch zu erklären, tut die Gruppe Ruth Fischer-Maslow jedoch alles, was von ihr abhängt, um den Schlag der Partei gegen die Scholem-Gruppe abzuschwächen. Die Gruppe Ruth Fischer-Maslow hindert somit das Zentralkomitee der deutschen Kommunistischen Partei daran, die „ultralinken“ Vorurteile der deutschen Kommunistischen Partei zu überwinden und auszumerzen. Daher muß die deutsche Kommunistische Partei gegen diese Gruppe, gegen die Gruppe Ruth Fischer-Maslow, einen entschiedenen Kampf führen. Entweder wird die Gruppe Ruth Fischer-Maslow zerschlagen, und dann wird die Partei die Möglichkeit erhalten, die jetzige Krise im Kampf gegen die Scholem-Gruppe zu überwinden, oder aber die deutsche Kommunistische Partei läßt sich durch die diplomatischen Schliche der Gruppe Fischer-Maslow einfangen, und dann wird der Kampf zugunsten Scholems verloren sein.

II

...Woraus läßt sich zum Beispiel die allgemein bekannte Tatsache erklären, daß die Kommunistischen Parteien Englands, Frankreichs, der Tschechoslowakei schon ernstliche Stützpunkte in der Gewerkschaftsbewegung ihres Landes haben, sich den Weg zu den breiten Massen der Arbeiterklasse bereits erschlossen haben und das Vertrauen, wenn nicht der Mehrheit, so doch beträchtlicher Massen der Arbeiterklasse zu erringen beginnen, während es in Deutschland in dieser Beziehung immer noch schwach bestellt ist? Dieser Umstand erklärt sich vor allem daraus, daß in der deutschen Kommunistischen Partei die „Ultralinken“ noch stark sind, die den Gewerkschaften, der Losung der Einheitsfront, der Losung der Eroberung der Gewerkschaften immer noch skeptisch gegenüberstehen. Es ist allen bekannt, daß die „Ultralinken“ noch vor kurzer Zeit die Losung „Heraus aus den Gewerkschaften!“ verfochten. Es ist allen bekannt, daß die Überreste dieser antiproletarischen Losung unter den „Ultralinken“ bis auf den heutigen Tag noch nicht restlos überwunden sind. Eins von beiden: Entweder vermag die deutsche Kommunistische Partei die Vorurteile der „Ultralinken“ in der Frage der Methode der Arbeit unter den Massen schnell und entschieden zu überwinden, indem sie die Scholem-Gruppe aufs Haupt schlägt, sie ideologisch zerschlägt, oder aber sie vermag das nicht, und dann kann die Krise in der deutschen Kommunistischen Partei eine höchst gefährliche Richtung nehmen.

Man sagt, daß es bei den „Ultralinken“ ehrliche revolutionäre Arbeiter gibt, die man nicht abstoßen darf und soll. Das ist vollkommen richtig. Wir schlagen auch gar nicht vor, sie abzustoßen. Deshalb enthält ja unser Resolutionsentwurf auch keine Vorschläge, irgendeinen der „Ultralinken“, geschweige denn einen Arbeiter, abzustoßen oder aus der Partei auszuschließen. Wie aber sind diese Arbeiter auf das Bewußtseinsniveau einer leninistischen Partei zu heben? Wie sind sie von den Irrungen zu befreien, in denen sie jetzt infolge der Fehler und Vorurteile ihrer „ultralinken“ Führer befangen sind? Dafür gibt es nur ein Mittel: Das ist das Mittel der politischen Desavouierung der „ultralinken“ Führer, das Mittel der Aufdeckung der „ultralinken“ Fehler, die die ehrlichen revolutionären Arbeiter irremachen und daran hindern, auf den richtigen Weg zu gelangen. Können wir in den Fragen des ideologischen Kampfes in der Partei und der politischen Erziehung der Massen ein faules diplomatisches Spiel, eine Vertuschung von Fehlern zulassen? Nein, das können wir nicht. Das wäre ein Betrug an den Arbeitern. Was ist nun der Ausweg in einem solchen Fall? Es gibt nur einen Ausweg: die Fehler der „ultralinken“ Führer aufzudecken und auf diese Weise den ehrlichen revolutionären Arbeitern zu helfen, auf den richtigen Weg zu gelangen...

Ruth Fischer sagt, daß in Zukunft in der deutschen Kommunistischen Partei die rechte Gefahr zu einer akuten Frage der Partei werden könne. Das ist durchaus möglich und sogar wahrscheinlich. Was aber folgt daraus? Ruth Fischer zieht daraus die eigenartige Folgerung, daß der Schlag gegen die „Ultralinken“ in Deutschland, die jetzt *bereits* eine reale Gefahr darstellen, abgeschwächt werden müsse, der Schlag gegen die Rechten aber, die in der *Zukunft* eine ernsthafte Gefahr darstellen *können*, gleich jetzt verstärkt werden müsse. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß eine solche Fragestellung ein wenig lächerlich und grundfalsch ist. Zu einem solch lächerlichen Standpunkt konnte nur die diplomatische Zwittergruppe gelangen, die Gruppe Ruth Fischer-Maslow, die sich bemüht, den Kampf der Partei gegen die „Ultralinken“ abzuschwächen und dadurch die Scholem-Gruppe zu retten, sie vor dem Schlage zu bewahren. Darin liegt der einzige Sinn des Vorschlages Ruth Fischers. Ich glaube, daß eine ebensolche diplomatische Zwischengruppe auch in Frankreich bestehen dürfte, eine Gruppe, die sich bemüht, durch liebliche Reden die rechten Elemente der französischen Kommunistischen Partei zu decken. Darum stellt der Kampf gegen die diplomatischen Zwischengruppen sowohl in der deutschen als auch in der französischen Partei die aktuelle Tagesaufgabe dar.

Ruth Fischer versichert, daß die Annahme der Resolution gegen die „Ultralinken“ in Deutschland die Lage innerhalb der Partei nur verschärfen könne. Mich dünkt, daß Ruth Fischer die Krise in der deutschen Kommunistischen Partei hinziehen, sie zu einer langwierigen, zu einer chronischen Krise machen will. Wir können deshalb nicht den Weg Ruth Fischers gehen, trotz all ihrer Diplomatie und ihrer lieblichen Worte über den Frieden in der Partei.

Ich denke, Genossen, daß sich in der deutschen Partei bereits ernste marxistische Elemente herauskristallisiert haben. Ich denke, daß der jetzige Arbeiterkern der deutschen Kommunistischen Partei eben jenen marxistischen Kern bildet, den die deutsche Kommunistische Partei braucht. Diesen Kern zu unterstützen und ihm im Kampf gegen Abweichungen aller Art, vor allem gegen die „ultralinke“ Abweichung zu helfen, das ist die Aufgabe des Präsidiums des EKKI. Darum müssen wir die Resolution gegen die „Ultralinken“ in Deutschland annehmen.

Zum Verständnis des Textes

J.W. Stalin hielt die beiden Reden, die hier veröffentlicht sind, auf der Präsidiumssitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale am 22. Januar 1926. In beiden Reden befaßt er sich hauptsächlich mit der Situation in der KPD und den Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland.

Im Herbst 1923 hatte es in Deutschland eine tiefe revolutionäre Krise gegeben, in deren Verlauf in Hamburg unter der Führung der KPD ein Aufstand organisiert wurde. Die revolutionäre Bewegung erlitt jedoch in ganz Deutschland eine Niederlage, und in Deutschland verstärkte sich die bürgerliche Reaktion.

In der KPD gab es einflußreiche opportunistische Gruppierungen, die die Partei daran hinderten, sich auf die neue Situation einzustellen. Das war einmal die Gruppe der „Ultralinken“ um Scholem, Katz und Rosenberg, die offen mit einem sektiererischen Programm hervortrat, das von Stalin im folgenden gekennzeichnet wird. Dann gab es die Gruppe um Ruth Fischer und Arkadi Maslow, die den „Ultralinken“ gegenüber versöhnlerisch auftrat und den wirksamen Kampf der Partei gegen sie verhinderte.

Zum Schluß seiner zweiten Rede erwähnt der Genosse Stalin den „marxistischen Kern“, der sich in der KPD herausgebildet hätte. Das bezieht sich auf eine Tagung des Zentralkomitees der KPD, die im August 1925 stattfand, auf der Fischer und Maslow von ihren Positionen im Politbüro entbunden wurden und das ZK den Genossen Ernst Thälmann an die Spitze der Partei stellte.





Allein an der Drehorgel wurden am 3. November in Kassel 14 Rote Rebells verkauft. Insgesamt wechselten an diesem Tag 70 Jugendmagazine den Besitzer.

Rote Garde, Landesbezirk Ruhrgebiet

Jugend gegen Strauß

Antifaschistisches Seminar bei Kassel

Auf seinem letzten Plenum im September hatte das Zentralkomitee der Roten Garde auf der Grundlage der ZK-Beschlüsse der KPD/ML ausführlich über die Aufgaben der Roten Garde im Kampf gegen die Kanzlerkandidatur von Strauß, gegen Reaktion, Faschismus und Krieg diskutiert. Der Roten Garde wurde u.a. die Aufgabe gestellt, zu prüfen, „wo es in ihrem Bereich Möglichkeiten und Ansatzpunkte gibt, um bereits in den nächsten Wochen und Monaten beispielsweise Anti-Strauß-Feten oder andere Aktionen zu organisieren." (RG-Info Okt. 79, Seite 15)

Daß dieser Beschluß in der Roten Garde nicht auf taube Ohren stößt, wollen wir am Beispiel des Landesbezirks Ruhrgebiet zeigen. Dort hatte nämlich die zuständige RG-Leitung ein Seminar über die „Kanzlerkandidatur von Strauß und die Aufgaben der Roten Garde im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg" organisiert. Die Tagung fand in der Umgebung von Kassel vom 1. bis 4. November in einem Naturfreundehaus statt.

Und wie es sich für ein Seminar, was diesen Namen verdient, gehört, gab es gleich am ersten Tag (Donnerstag, den 1. November) nach dem Mittagessen einen Vortrag. Ein Genosse der KPD/ML referierte über die Geschichte der deutschen Bourgeoisie von 1848 bis heute.

Kapitalismus führt zum Faschismus

Vor allem ging es dabei um die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Faschismus. Wer brachte Hitler an die Macht? Wer waren seine Hintermänner? Weiter kam zur Sprache, daß die westdeutschen Monopole heute einen ähnlichen Weg gehen wie damals kurz vor 1933. Da ging es um Fakten und Probleme, die die ca. 40 anwesenden Genossinnen und Genossen der Roten Garde im Geschichtsunterricht wohl kaum mitbekommen haben.

Nach dem Abendessen stand eine Filmvorführung auf dem Programm. Der Streifen „Einer von uns", der das Leben und den Kampf des Arbeitersportlers Werner Seelenbinder und seiner Partei, der KPD, gegen den Faschismus, für die antifaschistische Einheitsfront zeigte, hinterließ bei allen einen tiefen Eindruck. Eine junge Genossin aus Duisburg: *„Ich glaube, daß nach diesem Film keiner mehr an der Notwendigkeit des Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg gezweifelt hat!"*

Die ersten Mitgliedsbücher sind da!

Abends steigt eine Fete. Leute aus dem benachbarten Falkenheim nehmen teil. Doch bevor die erste Feuerzangenbowle getrunken werden darf, trifft ein Sekretär des Zentralkomitees der Roten Garde mit den ersten 100 Mitgliedsbüchern ein. Zwei neue Mitglieder werden gewonnen, der richtige Fetenauftakt. Die Gruppe Distel tritt auf, es wird getanzt, gesungen, bis spät in die Nacht.

Ein Rotgardist verkauft 14 Rote Rebells!

Samstag früh wird es ernst. Jetzt wird sich zeigen, ob die Diskussion über den *Rebell*-Verkauf gefruchtet hat. Ein Agit-Prop-Einsatz in Kassel steht auf dem Plan. Kasseler Genossen vor. Der Clou: eine Drehorgel, aus der Musik von den Schmetterlingen ertönt (aus einem versteckten Tonband). Das schafft Aufsehen. Der Genosse an der Orgel setzt 14 *Rebells* ab. Insgesamt wechseln an die 70 Jugendmagazine an diesem Morgen ihren Besitzer. Bei den Genossen, die den *Rebell* an den Wohnungstüren anboten, lief es nicht so gut, aber insgesamt, ein runder Erfolg. Wenn das Schule macht...

Die Rote Garde kämpft für den Sozialismus

Abends überbringt der 1. Sekretär der Roten Garde, der Genosse Reinhard Haneld, die Grüße des Sekretariats des Zentralkomitees. Er freut sich über das gelungene Seminar. Doch sogleich geht es wieder um zukünftige Aufgaben. Ausschwärmen zu anderen Seminaren, zu den Falken, der Gewerkschaftsjugend, zur SDAJ, aber als Rotgardisten, als Kommunisten. Die Rote Garde hält nirgendwo mit ihrer Meinung hinter dem Berg, sie kämpft für den Sieg der proletarischen Revolution, für den Sozialismus.

Das nächste Seminar wird noch besser

Diesmal waren 40 Genossen da, eine gute Sache. Nächstes Mal müssen es dreimal soviel sein, hat Genosse Reinhard als Parole ausgegeben. Das nächste Mal steht die Vorbereitung des 1. Mai und überhaupt die Arbeit der Roten Garde in der Gewerkschaft im Mittelpunkt.

Letzte Meldung!

Seit dem Seminar hat sich die Rote Garde Oberhausen um sieben Genossen vergrößert.



„Ob wir uns verlaufen haben?" Genossen der Roten Garde beim Kartenstudium während eines Geländespiel in Hessens Wäldern.

Befangenheitsantrag gegen Richter Brackmann

Kuhhandel zugunsten der Polizei geplatzt!

Wird der Neumühlprozeß eingestellt?

DUISBURG.— Vorzeitig endete der 12. Verhandlungstag des Neumühlprozesses vor dem Hamborner Amtsgericht in turbulenten Szenen. Die zwölf Angeklagten verließen samt Publikum unter Protest den Hamborner Ratskeller, in dem das Gericht seit dem 17. Oktober tagt. Kurz zuvor hatte der Vorsitzende des Schöffengerichts versucht, das von der Öffentlichkeit stark beachtete Verfahren mit erpresserischen Methoden zur Einstellung zu bringen. Er fing sich damit einen Befangenheitsantrag ein.

Angeklagt sind 12 Jugendliche, Teilnehmer einer Fete, die vor zwei Jahren von einer mit chemischen Keulen und Maschinenpistolen ausgerüsteten Polizeitruppe gewaltsam aufgelöst wurde. Wir berichteten bereits im *Roten Morgen* vom 2. November über diesen Prozeß. Obwohl der Polizeieinsatz nachweislich jeder Rechtsgrundlage entbehrt, stehen nicht die Polizisten, sondern deren Opfer vor Gericht. In den ersten elf Verhandlungstagen wurde immer offenkundiger, daß die Aussagen der Polizei offensichtlich von höheren Stellen gelenkt werden. Kaum taten sich Widersprüche auf, wurden sie am nächsten Verhandlungstag schleunigst wieder korrigiert. Daß die Staatsanwaltschaft und vor allem der Gerichtsvorsitzende Brackmann mit allen Tricks versuchen, der Polizei ihre Persilscheine auszustellen, wurde am Mittwoch, den 14. November, dem 12. Verhandlungstag, vor aller Augen deutlich.

Mit dieser Erklärung sollten sich die Angeklagten die Einstellung erkaufen

Die Angeklagten erklären, daß sie den Vorwurf an die Polizei, sie habe bei ihrem Einsatz in der Lehrerstraße 51 rechtswidrig oder im Übermaß gegenüber den Festteilnehmern gehandelt, nicht weiter aufrecht erhalten. Sie verpflichten sich, in der Öffentlichkeit keine weiteren Erklärungen abzugeben, die Vorwürfe gegen die Polizei wegen dieses Einsatzes in der bisherigen Form enthalten. Sie verpflichten sich weiterhin unwiderruflich, die Strafanzeigen gegenüber den Polizeibeamten zurückzunehmen.

Gleich zu Beginn brachte die Verteidigung den Inhalt eines Rechtsgesprächs in den Prozeß ein, das am Montag, den 12. November zwischen den Prozeßbeteiligten stattgefunden hatte. Richter Brackmann hatte das erpresserische Angebot unterbreitet, den Prozeß einzustellen, wenn die Angeklagten öffentlich die öffentliche Entlarvung der Polizeipraktiken einstellen und die Strafanzeigen zurückzögen. Dies aber — so die Verteidigung — sei für die Angeklagten unannehmbar. Grundsätzlich aber stünden sie einer Einstellung des Verfahrens nicht ablehnend gegenüber.

Selbst der Staatsanwalt sah sich gezwungen, zu bedenken zu geben, daß man den Angeklagten ihre — wie er es nannte — subjektive Überzeugung schon lassen müsse. Er selber erklärte sich mit einer Einstellung des Verfahrens einverstanden, wenn sechs der zwölf Angeklagten eine Geldbuße in Höhe von 300 Mark zu zahlen bereit wären.

Doch Richter Brackmann schoß quer, sehr zur Verwunderung des Staatsanwalts übrigens. Dem Gericht sei schwer verständlich, daß man noch ernsthaft die Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes offen lassen wolle. Dann sprach er davon, daß er seine Aufgabe vor allem darin sehe, eine Befriedungsaktion durchzuführen. Hier gehe es nicht darum, daß Staatsanwaltschaft und Verteidigung zu einem Konsens fänden, es komme vielmehr darauf an, „daß diejenigen Polizeibeamten, die durch die Begleitumstände des Verfahrens in der Öffentlichkeit gebrandmarkt werden, nicht im Regen stehengelassen werden dürfen."

Und dann tischte er seine erpresserischen Einstellungsbedingungen auf, die im nebenstehenden Kasten vollständig abgedruckt sind. Publikum und Angeklagte verließen unter Protest den Saal. Die 12 Angeklagten beauftragten die Verteidigung, einen Befangenheitsantrag gegen Richter Brackmann einzubringen (siehe Interview mit Rechtsanwalt Flint, einem der zwölf Verteidiger). Über diesen Antrag muß der Hamborner Amtsgerichtsdirektor entscheiden. Wird der Antrag angenommen, ist der ganze Prozeß geplatzt. Das liefe auf Einstellung hinaus, denn es wäre höchst unwahrscheinlich, daß die ganze Sache noch einmal von vorne aufgerollt würde.

Würde der Antrag abgelehnt, ginge der Prozeß weiter. Allerdings wäre das Gericht in der Öffentlichkeit wegen seiner eindeutigen Parteinahme für die Polizei derart demaskiert, daß die Chancen zur Erzwingung einer Einstellung gut wären.

Die Entscheidung über den Befangenheitsantrag wird im Rahmen des 13. Verhandlungstages — diesen Freitag — bekanntgegeben.

Rechtsanwalt Flint zum Befangenheitsantrag

Die Besorgnis der Befangenheit ergab sich für die Angeklagten daraus, daß der Vorsitzende für den Fall einer eventuellen Einstellung des Verfahrens als Bedingung von allen Angeklagten eine Erklärung verlangte, die im Gegensatz zu der bisher erkennbar gewordenen Meinung der Angeklagten gewesen ist, und nicht nur der Angeklagten, daß der Polizeieinsatz gegen die Festteilnehmer rechtswidrig gewesen war.

Obwohl bekannt war, daß die Angeklagten von der Rechtswidrigkeit dieses Einsatzes ausgingen, sollten sie als Vorbedingung für eine Einstellung des Verfahrens bekunden, daß sie diese ihre Ansicht nicht weiter aufrecht erhalten wollten.

Darüber hinaus sollten sie sich sogar verpflichten, unwiderruflich ihre Strafanzeigen gegen die Polizeibeamten zurückzunehmen. Das hat ein Angeklagter in einer abschließenden Erklärung so formuliert: „Wäre ich dieser Bedingung nachgekommen, wäre das ein politisch-moralischer Meineid gewesen."

Zensur im Fernsehen

Kritik an Strauß ist unerwünscht

Kulturchef Bähr setzt Kulturbeitrag ab

STUTTGART.— Der Journalist Jürgen Lodemann hatte sieben Schriftsteller nach ihrer Meinung zu Franz Josef Strauß befragt. Die Antworten sollten im Rahmen des ARD-Literaturmagazins am 4. November um 23 Uhr gesendet werden. Doch der Kulturchef des Südwestfunks (SWF) Bähr strich den siebenminütigen Beitrag.

Die Antworten der Schriftsteller waren recht unterschiedlich ausgefallen. Während Martin Walser darauf hinwies, daß er sich im nächsten Jahr ohnehin hauptsächlich in den USA aufhalten werde und die Schmidt/Loderer-Bedenken über das „Emporschmähen" teile, während Rolf Hochhut, der Verdienstvolles zum Filbinger-Sturz beigetragen hatte, anzweifelte, ob er als Schriftsteller überhaupt etwas ausrichten könne, kündigte Bernt Engelmann eine journalistische Offensive gegen Strauß an. Sein erster Wahlkampfbeitrag wird ein neues Buch über die Geschichte der Bundesrepublik sein. („Wie wir wurden, was wir sind"). In der Schlußphase will er ein Schwarzbuch über Strauß vorlegen.

Günter Wallraff befürchtet wohl zu recht, daß er unter Strauß nicht mehr legal seiner Arbeit nachgehen könne. Peter Härtling, der sich einen Wahlsieg des CSU-Chefs nicht vorstellen konnte, bezeichnete „Strauß und seine Adepten" als kaltblütige Geschichtsfälscher.

Und obwohl die angesprochenen Schriftsteller der trügerischen Theorie vom „kleineren Übel" anhängen (Wallraff wies ausdrücklich darauf hin, daß er sich, wenn auch schweren Herzens, für Schmidt engagieren werde), war das für den SWF-Kulturchef Bähr schon des Guten zuviel.

Kulturjournalisten wie Bähr sind für Strauß ideale Partner bei der Gleichschaltung der Medienlandschaft.

Wie zu erfahren war, wurde der abgesetzte Beitrag am 15. November in Südwest III gesendet mit anschließender Diskussion. Um die obrigkeitsverpflichtete „Ausgewogenheit" zu gewährleisten, war Strauß-Spezi Golo Mann mit von der Partie.

Ein Drama um Strauß in fünf Akten

Der Wirbel um die Wandzeitung

Volkskorrespondenz aus Darmstadt

Ort der Handlung: die Evangelische Fachhochschule in Darmstadt; Stein des Anstoßes: eine in selbiger Fachhochschule von Studenten aufgehängte Wandzeitung über den CSU-Chef, insbesondere der einleitende Satz, „der ehemalige Nationalsozialistische Führungsoffizier F.J. Strauß greift nach der Macht im Staat“.

1. Akt
Die Wandzeitung wird aufgehängt

Am Dienstag, den 30. Oktober 1979 schreiben Studenten der Evangelischen Fachhochschule, angehende Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, eine Wandzeitung zum Thema Strauß, Faschismus und Reaktion. Auf diese Weise wollten sie — übrigens im Auftrag der letzten Vollversammlung — zur der von den Jusos initiierten Veranstaltung „Rock gegen Strauß und Co.“ aufrufen.

Der für „Recht und Ordnung“ zuständige evangelische Fachhochschulrektor beanstandet die in seinen Augen unzutreffende Behauptung, Strauß sei nationalsozialistischer Führungsoffizier gewesen. Die Verfasser verüben daraufhin einen **vorläufigen** Akt der Selbstzensur, überkleben den Wortteil „Führungs“, bis sie das nötige Quellenmaterial vorliegen haben, die ihre Behauptung als zutreffend beweist.

2.Akt
G. Pfeffermann tritt auf

Durch einen im Hintergrund bleibenden Denunzianten, einen „Doktor“, wie der evangelische Fachhochschulrektor später mitteilt, wird die örtliche CDU informiert, was zur Folge hat, daß stehenden Fußes ein kleiner Funktionär in die evangelische Fachhochschule eilt, um das *corpus delicti* abzuschreiben und es dem Vorsitzenden der Stadtverordneten und Mitglied des Bundestages G. Pfeffermann vorzulegen, der — so ist zu vermuten — zornesrot anläuft. Pfeffermann zaudert nicht lange und setzt den evangelischen Fachhochschulrektor unter Druck, der wiederum greift zur Feder oder zur Schreibmaschine und bestellt per Eilbrief zwei Studentinnen zum Rapport, die ihm die Wandzeitung zur Genehmigung vorgelegt hatten.

> Der ehemalige Nationalsozialistische Führungsoffizier F.J. Strauß greift nach der Macht im Staat.
>
> Die Kandidatur von F.J. Strauß ist nur ein Glied in der Kette einer politischen Entwicklung, die im Namen des demokratischen Rechtsstaates seit Jahren die demokratischen Rechte des Volkes in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen einschränkt und abbaut (Notstandsgesetze, „Terroristengesetze“, Todesschußgesetz, Berufsverbote, Aussperrung etc.), um der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Noch gut sind uns Unions-Freunde wie H. Filbinger bekannt, die sich als Vorreiter bei der Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes in Baden-Württemberg einen Namen gemacht haben.
>
> **Es ist das Gebot der Stunde, dem Vormarsch von Reaktion und Faschismus paroli zu bieten! Ein neues '33 darf es nicht geben! Die zentrale Losung heißt:**
>
> **Stoppt Strauß!**
>
> (Auszüge aus der Wandzeitung)

3. Akt
Die Wahrheit ist beleidigend

Die angesprochenen Studentinnen kommen zum Rapport, allerdings nicht alleine. Der evangelische Fachhochschulrektor hat sich zwei Dozenten zur Verstärkung geholt. „Könnt Ihr überhaupt belegen, was Ihr da behauptet habt?“ Nach wie vor stieß man sich am „nationalsozialistischen Führungsoffizier“. Die Studenten können die umstrittene Aussage belegen. Doch der evangelische Fachhochschulrektor braust auf: „Das nützt Euch gar nichts, jeder von Euch kann persönlich wegen Beleidigung angezeigt werden.“

Da die Studenten politisch noch sehr unerfahren sind, lassen sie sich zunächst einschüchtern und nehmen die aufrührerische Aussage für den Augenblick zurück.

4. Akt
Die Sache soll im Sand verlaufen

Am Dienstag, den 6. November bricht G. Pfeffermann die Offensive wie aus heiterem Himmel ab. Er will der Sache nicht weiter nachgehen. Verlangte er vorher noch die Namen der Verfasser, so ist auch daran sein Interesse urplötzlich erloschen. Er wolle die Evangelische Fachhochschule nicht dazu benutzen, die Vergangenheit von F. J. Strauß darzulegen. Offenbar hat G. Pfeffermann sich über die Strauß'sche Vergangenheit ins Bild setzen lassen.

5. Akt
Jetzt geht es erst richtig los!

Der evangelische Fachhochschulrektor verbietet per Rundschreiben das Aufhängen von Wandzeitungen, es sei denn, sie ist vom Verfasser namentlich gekennzeichnet, um — wie er sagt — einen „Ansprechpartner“ zu haben.

Der ASTA reagiert prompt und weist diesen Anschlag auf das Recht zur freien Meinungsäußerung in einer Erklärung zurück. Die Studenten teilen der Öffentlichkeit per Flugblatt mit, welchen Wirbel die Wandzeitung an der Evangelischen Fachhochschule ausgelöst hat.

Ferner wird eine erneute Vollversammlung abgehalten. Ausführlich wird der Fall diskutiert. Wie kann man die dubiosen Praktiken der CDU um G. Pfeffermann am besten an die Öffentlichkeit tragen? Wie muß der Kampf gegen den Druck von der Hochschulleitung und die Zensur in Zukunft geführt werden?

Verschiedene Studenten benutzen den Anlaß, um zum Kongreß gegen Reaktion und Faschismus aufzurufen, der im Januar 1980 in Dortmund stattfinden soll.

Einige Studenten wollen den Lebenslauf des F. J. Strauß veröffentlichen — in Form einer Wandzeitung…

Solidaritätsturnier für Dieter Vogelmann

Schreiben des SV Vorwärts Bochum



Dieter Vogelmann

Am Samstag, den 3. November veranstaltete der Sportverein Vorwärts Bochum ein Solidaritätsfußballturnier für Dieter Vogelmann. Es nahmen sieben Mannschaften aus dem Ruhrgebiet teil. Sie spielten Fußball, um ihre Solidarität mit dem inhaftierten Dieter kundzutun.

Abends traf man sich zur Pokalverleihung (ein Verein aus Wattenscheid hatte gewonnen). Ein Kollege berichtete dabei über Dieters Fall. Es spielte die Theatergruppe Ruhrwerk. Anwesend waren etwa 120 Kollegen.

Dieter sitzt im Gefängnis, weil er 1972 an der Münchner Antikriegstagsdemonstration teilgenommen haben soll. Dabei wurde die sogenannte Sperrzone durchbrochen. Er soll dabei in der dritten Reihe gestanden haben. Einziger Beweis dafür war ein nicht gerade scharfes Bild, auf dem Personen mit Helmen zu sehen sind. Das reichte dem Gericht, um ihn für ein Jahr ins Gefängnis zu werfen. Und das, während Nazi-Verbrecher frei herumlaufen. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf unsere bürgerliche Justiz. Wir Kollegen des Turniers meinen:

Dieter ist kein Krimineller. Wir fordern seine sofortige Freilassung!



Am 29. November dieses Jahres begeht das albanische Volk den 35. Jahrestag seiner Befreiung. Seitdem hat es unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens keiner ausländischen Macht gestattet, sich in seine Angelegenheiten einzumischen. Jeder, der es versuchte — seien es die westlichen Imperialisten, die jugoslawische Führung, die Moskauer oder die Pekinger Revisionisten —, bekam eine geharnischte Abfuhr erteilt.

Die Sozialistische Volksrepublik Albanien bewies den Werktätigen und unterdrückten Völkern der ganzen Welt, daß der Aufbau des Sozialismus kein Wunschtraum ist, sondern konkrete Wirklichkeit.

Die KPD/ML wird den 35. Jahrestag der Befreiung Albaniens zum Anlaß nehmen, nach Kräften das einzige wirklich sozialistische Land der Welt unter den deutschen Werktätigen zu propagieren.

Veranstaltungen der KPD/ML zum 35. Jahrestag der Befreiung Albaniens:

Hamburg: 23.11., 20 Uhr, Gaststätte „Jarrestadt“, Jarrestraße

Stuttgart: 2.12., 15 Uhr, Stuttgart-Ost, Gaststätte „Friedenau“, Rotenbergstraße 127

Veranstaltungen der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft zum 35. Jahrestag der Befreiung Albaniens:

Hamburg: Fest der Freundschaftsgesellschaft (im Programm: Vortrag über das Gesundheitswesen in Albanien), 29. 11., 19.30 Uhr, Gaststätte „Jarrestadt“, Jarrestraße

Bremen: Veranstaltung mit Dia-Reisebericht: 35 Jahre Freiheit, Unabhängigkeit, sozialistischer Aufbau. 24. 11. 79, 20 Uhr, Gemeinschaftszentrum Obervieland, Alfred-Faust-Str. 4

Köln: Dia-Vortrag mit albanischen Liedern, anschließend Diskussion; 6. 12. 79, 19.30 Uhr, Bürgerhaus Vingst, Köln Vingst, Kuthstraße 27

Veranstaltung der KPD/ML

Frankfurt: „Stoppt Strauß!“, aus dem Programm: Rede „Das Programm von Strauß ist das Programm des Finanzkapitals“, Stück der Hobelbühne „Franz im Glück oder Das dicke Kind“, 23. 11., 19.30 Uhr, Frankfurt-Bornheim, Gaststätte „Bürgertreff“, Saalburgstraße

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30**

Über 1000 Antifaschisten demonstrierten

Breite Aktionseinheit im Kampf gegen Nazi-Buchladen

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

Wie bereits im letzten *Roten Morgen* gemeldet wurde, demonstrierten am Freitag, den 9. November über 1000 Antifaschisten im Frankfurter Stadtteil Bornheim gegen den Nazi-Buchladen „Volk und Kosmos“, der nicht nur von den Bornheimern als freche Provokation empfunden wird.

Aufgerufen hatte die *Initiative gegen Reaktion und Faschismus*, die am 13. Juli dieses Jahres gegründet wurde, um die Menschen für den Kampf gegen den Nazi-Buchladen, für dessen Schließung zu organisieren. Die Mitglieder der Initiative sind in der Hauptsache Bornheimer Bürger. Auch Genossen der KPD/ML sind in der Initiative vertreten.

Die Demonstration für den 9. November war bereits am 19. Oktober von einem Beauftragten der Initiative bei den zuständigen Behörden ordnungsgemäß angemeldet worden.

Als dann am 1. November ein Vorbereitungstreffen der *Initiative gegen Reaktion und Faschismus* stattfand, meldete sich ein älteres DKP-Mitglied zu Wort und machte den Vorschlag, einen offenen Brief an seine Bornheimer Mitbürger zu verfassen, um sie auf diese Art zur Demonstration aufzurufen. Selbstverständlich wurde dieser Vorschlag einhellig begrüßt. Doch die Mitglieder der Initiative staunten nicht schlecht, als sich besagtes DKP-Mitglied in seinem offenen Brief, der die Schriftzüge der Initiative übernommen hatte, öffentlich als DKP-Mitglied zu erkennen gab. Das führte dazu, daß viele Menschen, die anfangs die Initiative unterstützten, weil sie überparteilich und über weltanschauliche Grenzen hinweg arbeitet und kämpft, ihre Unterstützung zurückzogen, weil sie den Eindruck hatten, die Initiative sei DKP-gesteuert. **Immerhin entschuldigte sich die DKP später in aller Form für ihr schädliches Vorgehen.**



Als Unbekannte des Nachts die Scheiben des Frankfurter Nazi-Buchladens zerstörten, bedauerten die Betreiber, daß die Selbstschußanlage nicht funktioniert hat.

Einige Tage vor der Demonstration tauchten plötzlich Flugblätter auf, die auf den ersten Blick so aussahen, als seien sie von der *Initiative gegen Reaktion und Faschismus* herausgegeben worden. Nur die Parole „Weg mit dem Nazi-Buchladen“ war ersetzt durch die Losung „Weg mit dem Zionismus“. Durch diesen hinterhältigen Trick versuchten die Faschisten, die sich hinter dieser Provokation verbargen, den Antifaschisten auf demagogische Art und Weise antisemitische Positionen unterzuschieben, wohlwissend, daß viele Menschen zwischen Judentum und Zionismus nicht unterscheiden können.

Allerdings ging ihre Rechnung nicht auf. Sie besaßen zwar noch die Frechheit, zwei Stunden vor Abmarsch der Demonstration am Sammelpunkt in Uniform zu erscheinen und ihre Flugblätter anzubieten, mußten sich aber aufgrund der Empörung schnell wieder davonmachen. Besonders ältere Antifaschisten warfen ihnen wutentbrannt die Pamphlete vor die Füße.

Die Demonstration selbst war ein voller Erfolg. Hatte die Initiative mit 200 Teilnehmern gerechnet, so wuchs die Demonstration schnell auf über 1000 Teilnehmer an. Sie wurde von den Frankfurter Bürgern sehr begrüßt, die sich befriedigt zeigten, daß endlich einmal etwas gegen die Neofaschisten unternommen wird.

Es waren zahlreiche Grußadressen und Solidaritätserklärungen bei der Initiative eingetroffen, die alle während der Schlußkundgebung erwähnt wurden. Im folgenden ein unvollständiger Überblick:

DGB-Kreis Frankfurt, HBV-Bezirksverwaltung Main/Taunus, Delegiertenkonferenz des Ortsvereins Frankfurt der IG Druck und Papier, Buchhandlung Linkskurve Frankfurt-Bockenheim, Jusos, Falken, etc.

Während der Schlußkundgebung wurde vor allem die Haltung der staatstragenden Parteien angeprangert, die bislang nichts gegen den Nazi-Buchladen unternommen hatten.

Die *Initiative gegen Reaktion und Faschismus* hat bereits erklärt, sie werde mit Unterstützung aller Antifaschisten weiterkämpfen, bis die Schließung des Nazi-Buchladens erreicht ist. Mittlerweile werden die regelmäßigen Versammlungen der Initiative von durchschnittlich 50 Menschen besucht; bei der Kontaktadresse treffen immer noch zahlreiche Briefe ein, in denen sich einzelne Menschen mit den Zielen der Initiative solidarisieren. Bis jetzt sind 2150 Unterschriften für die Schließung des Ladens gesammelt worden.



Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen" sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußbereitem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand".



Reisereportage
SVR ALBANIEN

Besuch beim Mechaniker Shefqet

Shefqet Blaksori wohnt in Durres, in einem jener Neubauten, die dem ausländischen Besucher nicht gerade sehr ansehnlich erscheinen. Die Ziegelwände tragen keinen Putz, bei näherem Hinsehen entdeckt man gar im Mauerwerk die eine oder andere Unregelmäßigkeit.

Solche Mängel lassen sich leicht erklären. Shefqet hat sich sein Heim nämlich selbst gebaut, und er ist nun mal kein Maurer, sondern Mechaniker im Eisenbahn-Ausbesserungswerk. Natürlich hat er nicht den ganzen Wohnblock gemauert. Es war die gesamte Belegschaft seines Werkes, die unter der Führung der Baukolonne des Betriebes angerückt war und an dieser Straße eine ganze Reihe von Werkswohnungen hinsetzte. Auf diese Art ist man überall in Albanien der Wohnungsnot früherer Jahre zu leibe gerückt.

In diesem Haus nun, zu dessen Errichtung er selbst beigetragen hat, bewohnt Shefqet mit seiner Familie eine große Zwei-Zimmer-Wohnung. Die sehr geräumige Küche ist, der Einrichtung nach zu urteilen, der Mittelpunkt des Familienlebens. Ein untrügliches Zeichen dafür ist auch die Tatsache, daß hier der Fernseher steht. Im übrigen unterscheidet sich die Einrichtung der Blaksoris kaum von der einer westdeutschen Arbeiterfamilie. Da gibt es das große Doppelbett und die Schrankwand im Schlafzimmer, die Polstergruppe und die Kommode im Wohnzimmer. Das einzige „typisch albanische", das beim ersten Blick ins Auge fällt, ist das Enver-Bild gegenüber dem Fenster im Wohnzimmer.

Typisch albanisch ist aber auch noch etwas anderes — die Miete nämlich. Ganze 35 Lek muß die Familie im Monat bezahlen. Zum Vergleich: Shefqet bringt 850 Lek nach Hause; seine Frau, die in einer Autowerkstatt Polster repariert, 500 Lek. Dazu muß allerdings noch eine Anmerkung gemacht werden. Denn auch, was den Lohn betrifft, gibt es bei uns und in Albanien einige Unterschiede. Wenn Shefqet nämlich 850 Lek verdient, dann bedeutet das, daß er sie auch ausgezahlt bekommt. Denn weder zahlt er Steuern, noch Beiträge für irgendeine Versicherung. Was aber nicht heißt, daß Shefqet im Alter oder bei Krankheit betteln gehen müßte. Versichert ist er nämlich, nur — er muß nichts dafür von seinem Lohn abzweigen.

Shefqet arbeitet schon seit 35 Jahren im Ausbesserungswerk. Einen Beruf erlernt hat er nicht. Sein Vater war ein armer Schuster in Durres, und Shefqet konnte als Kind nur ein Jahr zur Schule gehen. Nach der Befreiung hat er die Schule nachgeholt; als erfahrener Arbeiter hat er jetzt im Werk die Stellung eines Werkmeisters, und er bildet auch junge Kollegen aus. Zufrieden mit sich ist Shefqet jedoch nicht.

Als Großvater auf der Schulbank

„Früher", sagte er mir, „war die Technik hier sehr weit zurück. Aber jetzt kommen immer neue Loks ins Werk zum Überholen, jetzt werden hier auch Waggons gebaut. Die ganze neue Technologie — da haben wir Alten es schwer mitzuhalten." Shefqet hat daraus die Konsequenz gezogen: Seit einiger Zeit drückt er wieder die Schulbank. Er, der schon erwachsene Kinder hat, schon Großvater ist, besucht jetzt neben der Arbeitszeit die technische Oberschule.

Aber ist das nicht ein eigenartiges Gefühl? „Nein, nein", wehrt Shefqet ab. „Hier ist das ja auch nichts besonderes. Ich bin noch nicht einmal der Älteste in der Klasse." Der alte Mechaniker hat auch viele Helfer. Da ist einmal die Familie, die ihn unterstützt. Und dann ist da der Direktor des Ausbesserungswerkes. Dieser Direktor sitzt mit uns zusammen im Wohnzimmer der Blaksoris. Shefqet und er sind alte Genossen. Man merkt es deutlich an der Art, wie sie miteinander umgehen. Nichts würde — kennte man nicht ihre Funktionen — darauf hindeuten, daß der eine ein einfacher Arbeiter und der andere Leiter des Betriebes ist.

Der Direktor hat Shefqet massiv in seinem Entschluß, wieder zur Schule zu gehen, unterstützt. Und jetzt hilft er ihm, wo es nötig ist, in fachlichen Fragen. Wir unterhalten uns über die Probleme im Betrieb. Dort gibt es, wie wohl in allen ähnlichen Betrieben Albaniens, auch eine Initiative, die darauf abzielt, möglichst wenig zu importieren, also möglichst viele Maschinen oder Ersatzteile im Land selbst herzustellen. Die beiden erzählen mir von ihrem jüngsten Erfolg in dieser Hinsicht. Es ging um die Hauptwelle der Lokomotiven, die sie bislang immer in die Tschechoslowakei zum Schleifen schicken mußten. Jetzt ist es ihnen gelungen, die Schleifmaschinen so umzurüsten, daß sie diese Arbeit — die immerhin pro Welle 40000 Dollar gekostet hat — im Werk selbst machen können.

Als wir uns nach einiger Zeit von den Blaksoris verabschieden, fällt mir auf der Kommode ein großes Foto auf. Es zeigt Shefqet, einige andere Männer und Frauen zusammen mit Enver Hoxha. Als ich mich danach erkundige, erfahre ich, daß Shefqet Delegierter für den letzten Parteitag der PAA gewesen ist. Bei dieser Gelegenheit haben sich alle Delegierten aus Durres mit Enver Hoxha fotographieren lassen.

Offenbar hat der Mechaniker aus dem Ausbesserungswerk nicht nur das Vertrauen der Parteigenossen. Er wird auf dem Kongreß der Demokratischen Front auch einer der in Durres gewählten Vertreter sein.



In Durres

Lebenslauf eines Bauern



Sabri (ganz rechts) und einige seiner Kollegen aus Bucimas

Sabri habe ich in Bucimas am Pogradecsee kennengelernt. Es war in dem kleinen Büro des Leiters der Genossenschaft. Ich hatte gefragt, ob ich nicht einmal mit einem älteren Bauern sprechen könnte. Die Genossen holten Sabri von der Arbeit.

Dann saß er mir gegenüber, blickte mich freundlich an aus einem Gesicht, in dem viele Jahrzehnte ihre Spuren hinterlassen hatten. Sabri wurde in Bucimas als Sohn eines armen Bauern geboren. Der Vater konnte trotz aller Mühe und Plackerei die Familie nicht ernähren. Er mußte wie so viele damals auswandern und ging nach Rumänien, um sich dort auf den Erdölfeldern als Arbeiter zu verdingen. Jetzt war es an Sabri und seinen drei Brüdern, für den Hof zu sorgen.

Sie arbeiteten bis zum Umfallen; aber drei Viertel von jeder Ernte nahm ihnen der Bey, der Großgrundbesitzer. Um überhaupt leben zu können, mußten sie auch noch andere Arbeiten für den Herrn annehmen, mit einem Spottgeld wurden sie entlohnt dafür. Die Verhältnisse wurden noch drückender, als die Truppen Mussolinis über die Adria kamen und das Land besetzten. Sabri nahm das Gewehr und ging zu den Partisanen.

Nachdem das Land von Beys und Besatzern befreit war, wurde auch in Bucimas die Bodenrefom durchgeführt. Wie die anderen Bauern, so bekam jetzt auch Sabri ein Stück Land von 2,5 Hektar. Richtig aufwärts ging es aber erst, als sich seine Familie mit 21 anderen zur Genossenschaft zusammenschloß. Fünf Jahre dauerte es, dann waren alle Bauern aus Bucimas der Genossenschaft beigetreten. Seitdem hat sich die Produktion ständig erhöht. Gestiegen ist damit auch der Lebensstandard der Bauern. Sabri hat heute einen Fernseher, eine Waschmaschine, Kühlschrank usw.

Von seinen drei Kindern lebt noch eines im Haus, eine Tochter, die wie ihre Eltern in der Genossenschaft arbeitet. Die zweite Tochter ist Lehrerin, der Sohn Mechaniker in einem Bergwerk. Sabri arbeitet im Gemüseanbau, mit einer Brigade, die 65 Männer und Frauen umfaßt. Er ist ein vorbildlicher Genossenschaftsbauer. Viermal haben ihn seine Kollegen schon als Bestarbeiter ausgezeichnet.

Als er noch jünger war, ist Sabri Brigadeleiter gewesen. Er hat die Arbeit organisiert, die Erfüllung der Pläne kontrolliert, auf die Einhaltung der Arbeitsdisziplin geachtet. Er mußte aber auch immer für die Brigademitglieder da sein, ihnen bei Schwierigkeiten aller Art helfen, auch für andere bei der Arbeit einspringen. Und außerdem mußte er im Jahr auch 60 genormte Arbeitstage auf dem Feld arbeiten.

Jetzt hat die Brigade einen neuen Leiter gewählt. Sabri meint, die Jungen müßten auch mal ran. Das heißt aber für ihn nicht, daß er sich für die Probleme der Brigade nicht mehr interessieren würde. Sabri ist Kommunist, Parteimitglied. Das heißt für ihn und seine Genossen: immer vorangehen, den parteilosen Bauern ein Beispiel geben; sorgfältiger zu arbeiten, mehr Disziplin zu zeigen als die anderen. Wenn es Schwierigkeiten gibt in der Brigade, ist Sabri da. Für manchen Bauern ist es nicht so einfach, sich in das Kollektiv einzufügen und kurzsichtige egoistische Interessen zu überwinden. Da kann es schon mal passieren, daß an einem Tag, wo alle Brigademitglieder auf dem Feld gebraucht werden, einer zu Hause bleibt und seinen Garten bestellt. Oder daß einer bei der Aussaat schlampt, um schnell seine Norm zu erfüllen. Da heißt es dann gerade für die Kommunisten, geduldige Überzeugungsarbeit leisten. Sabri hat auch eine Patenschaft über einige parteilose Bauern übernommen. Das bedeutet, daß er sich um sie und um ihre Entwicklung besonders intensiv kümmert.

Die Norm

Sabris Brigade hat über die Jahre hinweg immer das gleiche Stück Land bearbeitet. Natürlich bemühen sie sich, von Jahr zu Jahr die Erträge zu steigern, denn je mehr die Genossenschaft erwirtschaftet, desto mehr kann auch an die Bauern ausgezahlt werden. Es ist jedoch nicht so, daß jeder das Gleiche bekommt. Auch in der Genossenschaft gilt: jedem nach seiner Leistung. Für die Entlohnung gibt es genau wie in der Industrie zwei Gesichtspunkte. Das erste ist die persönliche Qualifikation des Bauern. Sabri wird also höher bewertet, als ein Kollege, der keinerlei Ausbildung gemacht hat. Der zweite Gesichtspunkt ist die Menge und die Qualität der Arbeit. Für jede in der Genossenschaft anfallende Arbeit gibt es eine Tagesnorm. Bei der Aussaat beispielsweise wäre das eine Fläche von einer bestimmten Größe, die der einzelne Bauer an einem Tag bearbeitet haben muß.

Um eine solche Norm zu ermitteln, werden die Durchschnittswerte von Genossenschaftlern verschiedenen Alters errechnet. Es wird angestrebt, alle Normen möglichst landeseinheitlich zu machen. Das ist jedoch in der Landwirtschaft wegen der verschiedenartigen Bedingungen nicht ganz einfach. Deshalb haben die Genossenschaften auch das Recht, die Normen auf ihre Bedingungen anzupassen. Weil die Norm natürlich für jeden Einzelnen eine große Rolle spielt, wird über die endgültige Festlegung sehr intensiv diskutiert. Das letzte Wort haben bei der Festlegung stets die Massen.

Die Bauern, die mehr leisten, als in der Norm festgelegt, bekommen auch mehr Geld ausbezahlt. Das Gleiche gilt auch für die Überstunden, die ja in Stoßzeiten wie bei der Ernte zum Beispiel unvermeidlich sind. Auch hier wird die Leistung bezahlt. Unbezahlte Überstunden in der Produktion gibt es grundsätzlich nicht. (Etwas anderes ist die freiwillige Arbeit am Feierabend, die beispielsweise der Errichtung einer Gemeinschaftseinrichtung dient.)

Der Volksrat

Neben seiner Arbeit und allem, was damit zusammenhängt, hat Sabri auch noch andere Aufgaben. Die Genossenschaftsbauern haben ihn nämlich in den Volksrat gewählt. Der Volksrat — das ist sozusagen die Gemeindevertretung. Es gibt in jedem Dorf einen Rat und dann noch einen für die ganze Genossenschaft. So wie Sabri sind auch die anderen Mitglieder des Volksrats in der Produktion tätig. Nur die Vorsitzende, eine junge Bäuerin, ist von der Produktionsarbeit freigestellt.

So liegt es von daher schon in der Natur der Sache, daß die Räte nicht in irgendwelchen Amtsstuben verschimmeln, sondern ständig unter den Massen sind. Der Rat ist die Volksmacht in der Genossenschaft. Deshalb muß er alle Bereiche kontrollieren und auch die Genossenschaftsleitung zur Rechenschaft ziehen. Sabri und die anderen Ratsmitglieder haben jetzt zum Beispiel gerade überprüft, ob die Aussaat von der Leitung korrekt organisiert worden ist. Daneben haben sie sich aber auch um Hunderte andere Dinge kümmern müssen. Zum Beispiel hatten sich die Genossenschaftler darüber beklagt, daß der Kindergarten des Dorfes zu klein geworden ist. Die Genossen mußten also Maßnahmen zur Beschaffung neuer Räume in die Wege leiten.

Sabri kann auf ein erfülltes Leben zurückblicken. Nach den Jahren des tiefen Elends hat er mit der Waffe an der Befreiung des Landes und dann am Aufbau einer sozialistischen Landwirtschaft teilgenommen. Dennoch denkt Sabri nicht daran, sich zur Ruhe zu setzen. Es gibt ja noch so viel zu tun...

TEHERAN IM NOVEMBER.— Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran spitzt sich immer weiter zu. In der letzten Woche beschlagnahmte die Carter-Regierung iranisches Kapital in den USA in Höhe von 21 Milliarden Mark und beschloß den Boykott des persischen Öls. In Kuweit wurden zur selben Zeit zwei neue Luftlandedivisionen der US-Army stationiert, der Flugzeugträger Midway lief, von Ostafrika aus kommend, in den Persischen Golf ein, die US-Flotte dort erhielt Alarmbereitschaft.

Ölembargo und militärischer Aufmarsch der USA

Wirtschaftsboykott gegen den Iran

Spekulationen verschiedenster Art werden heute über den weiteren Verlauf der Irankrise unternommen. Während die großen westlichen Zeitungen von Geiselbefreiung nach Art des israelischen Überfalls auf Entebbe träumen, werden in den USA alle gesellschaftlichen Organisationen zur Erzeugung einer nationalen Hysterie benutzt. Seine erste große Rede seit Beginn der neuen Irankrise hielt Präsident Carter bezeichnenderweise vor dem Gewerkschaftskongreß der AFL-CIO. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft versichern den USA ihre volle Solidarität und faktisch auch ihre Teilnahme an dem von Carter verkündeten Ölembargo.

Auch Bundeskanzler Schmidt und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff versicherten den USA diese Haltung für die Bundesrepublik. Der westdeutsche Wirtschaftsminister forderte sogar die Vorverlegung der Sitzung der Internationalen Energieagentur auf Dezember, um gemeinsame Maßnahmen gegen den Iran besprechen zu können. Ebenso der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing, bekannt als Schutzherr des Menschenfressers Bokassa. Er betonte die Bereitschaft seiner Regierung, „jede Aktion gegen den Terrorismus" zu unterstützen.

Gerade diese offen bekundete Bereitschaft der großen imperialistischen Länder, sich dem amerikanischen Ölembargo gegen den Iran anzuschließen, weist darauf hin, daß dies wohl im Moment die Haupttaktik der Imperialisten gegen den Iran sein wird.

Denn schon einmal, vor mehr als 25 Jahren, nutzten die US-Imperialisten diese Waffe, um ein ihnen nicht genehmes Regime im Iran zu stürzen: Die damalige Mossadegh-Regierung wurde durch einen einjährigen Ölboykott in so große Schwierigkeiten gestürzt, daß die Atmosphäre für einen Putsch geschaffen werden konnte. Denn die Wirtschaft des Irans ist vom Öl abhängig.

Um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß diese Waffe auch dieses Mal funktionieren kann: Denn das Regime des Ayatollah Khomeiny ist sicherlich nicht so in den Massen verankert, wie es einst Mossadegh war. Der US-Aufmarsch am Persischen Golf dient einmal als Säbelgerassel zur Einschüchterung der Iraner, zum anderen auch dazu, in den anderen Ländern des Golfs — den Ölstaaten wie Kuweit und Abu Dhabi — die Ölversorgung absolut sicherzustellen.

Die feudalen Herrscher der Golfstaaten haben sich denn auch bereits beeilt, ihre Solidarität mit den USA zu bekunden.

Die größte Unsicherheit für den Iran in dieser Situation ist



Der Demonstrationszug vom 9. August

aber das reaktionäre, mittelalterliche Regime der Ayatollahs selbst. Bisher waren die geistlichen Führer dieses diktatorischen Regimes nicht bereit gewesen, einen konsequenten Kurs gegen den US-Imperialismus zu steuern. Während die US-Botschaft, die jetzt völlig zu Recht als Spionagezentrale bezeichnet wird (schließlich haben die US-Geheimdienste 123 000 Agenten im Ausland, die meisten als Diplomaten und Journalisten getarnt), offen blieb, während die Regierung des großen Bauunternehmers Bazargan Kontakte zur US-Diplomatie weiterpflegte, galt die Hauptaufmerksamkeit der islamischen Reaktion dem Kampf gegen die Bewegung der Völker im Inneren des Landes.

Zeitungen und Parteien wurden verboten, Demonstrationen, die linksgerichtet waren, von fanatischen Schlägertrupps des Ayatollah überfallen und ein politisches System errichtet, das dem des Schah sehr ähnlich ist.

Im August hatte seit Monaten wieder einmal eine Großdemonstration mit 12 000 Teilnehmern in Teheran stattgefunden, die von der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran organisiert worden war. Sie richtete sich gegen das Regime Khomeinys. Im November gab es in Teheran mehrere Aktionen der Arbeitslosen, die von islamischen Garden mit Schußwaffen angegriffen wurden. Während der ganzen Zeit wurde der Kampf gegen die kurdische Bevölkerung des Landes fortgesetzt.

Es zeigt sich im Iran, daß die werktätige Bevölkerung nicht bereit ist, ihren opferreichen und heldenhaften Kampf gegen das Terrorregime des Schahs, das dieser im Auftrag des US-Imperialismus ausübte, mit einer neuen Gesellschaftsordnung belohnt zu sehen, in der die Ausbeutung fortbesteht und alle Kampfaktionen der Werktätigen brutal unterdrückt werden.

In dieser Situation kam die Besetzung der Botschaft durch Studentengruppen und die Geiselnahme den Khomeinyleuten gerade recht. So konnten sie sich in demagogischer Weise an die Spitze der Welle von durchaus berechtigten antiamerikanischen Gefühlen der Völker des Irans setzen und ihren allmählich stumpf werdenden „revolutionären" Glanz wieder etwas aufpolieren.

Daß diese sinnlose Aktion ursprünglich nicht von den Khomeiny-Leuten ausging, erweist sich an den ständigen gegensätzlichen Erklärungen, die vom iranischen Außenministerium und den Botschaftsbesetzern abgegeben werden. Das Hauptproblem der Entwicklung im Iran ist es heute, ob die Völker des Irans den Weg der Revolution, den sie beim Kampf gegen den Schah so heldenhaft beschritten hatten, weitergehen werden, und — aufbauend auf den großen Erfahrungen und Siegen dieses Kampfes — auch ein neues diktatorisches Regime stürzen werden, oder ob sie sich zunächst ein solches Regime aufzwingen lassen.

Daß natürlich die Aktivitäten der Imperialisten nicht deswegen geschehen, weil das Khomeiny-Regime reaktionär ist, ist klar. Denn die US-Imperialisten sind Spezialisten im Aufbau reaktionärer Regime. Die USA-Imperialisten und ihre Partner mißtrauen dem neuen Regime im Iran, weil es für sie unsicher, unberechenbar ist. Sie mißtrauen der Lage im Iran, weil sie eine weitere revolutionäre Bewegung fürchten.

Und ihr Ziel ist es, die Ölquellen wieder fest in die Hand zu bekommen, zur freien Verfügung der Rockefeller und Co.

In dieser Situation muß zum einen alles getan werden, um die US-Imperialisten an einer militärischen Aggression zu hindern, und es muß im Iran erneut eine starke revolutionäre Bewegung entstehen, die sich gegen die Diktatur der islamischen Reaktion richtet.

Die Forderung nach Auslieferung des Schahs, die von den Völkern des Irans so entschieden vertreten wird, ist natürlich eine zutiefst gerechte Forderung. Doch ist sie heute nicht das Hauptproblem der werktätigen Bevölkerung, die gegen ein neues Regime des Streikverbots, der Pressezensur und der militärischen Unterdrückung ihrer Bestrebungen zu kämpfen haben.



Bilder der Antikriegsdemonstration in Iwakuni: Konfrontation mit der Polizei...

Am 21. Oktober

Antikriegstag in Japan

Von der KP Japans (Linke) organisierte Demonstrationen

IWAKUNI, 21. OKTOBER. — Wie jedes Jahr begingen die Kriegsgegner in Japan auch dieses Mal am 21. Oktober im ganzen Land den Antikriegstag. Zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen fanden statt, die ein Ausdruck der breiten und starken antimilitaristischen Bewegung in Japan waren.

Der Kampf gegen die Kriegspläne der japanischen Militaristen und ihrer Partner, der US-Imperialisten, war seit Jahrzehnten in Japan eine der Hauptkampffronten der breiten demokratischen Bewegung, die sich dort entwickelt. Nachdem zu diesem Pakt zweier reaktionärer Kräfte auch noch das sozialchauvinistische China gestoßen ist, hat sich diese Bewegung noch mehr verbreitet.

Der Kampf richtet sich vor allem gegen die von der Verfassung verbotene Wiederaufrüstung Japans und gegen die zahlreichen in Japan stationierten Truppen der USA. Deshalb unterstützt die KP Japans (L) neben vielen anderen Aktivitäten auch gerade die Demonstration in Iwakuni, da die Stadt ein Stationierungszentrum der US-amerikanischen Truppen ist.

Die Solidarität der Demonstranten galt, wie in jedem Jahr, auch der Bevölkerung Südkoreas, das gegenwärtig der größte US-Militärstützpunkt im fernöstlichen Asien ist. Diese Solidarität nahm dieses Mal besonders großen Raum ein, da sie auch den aktuellen Kämpfen der Südkoreaner gegen die proamerikanische Geheimdienstdiktatur gewidmet war. Auf den beiden Bildern, die uns die KP Japans (L) von der Demonstration in Iwakuni sandte, tragen die Demonstranten Losungen wie: „Kampf der Wiedererrichtung des Militarismus!", „Kampf den aggressiven Kriegsvorbereitungen!", „Unterstützt den Kampf des südkoreanischen Volkes!" und „US-Luftbasis raus aus Iwakuni!"



...die Spitze des Zuges

Chrysler vor dem Kollaps?

Weitere Massenentlassungen in der US-Autoindustrie

Gewerkschaftsboß Frazer als Chrysler-Sanierer

DETROIT. — Das überaus starke Absacken der Verkaufszahlen veranlaßte die drei großen US-Automobilhersteller General Motors, Ford und Chrysler zu weiteren drastischen Produktionseinschränkungen. General Motors (GM), der Branchengrößte, entließ weitere 5750 Arbeiter. Damit erhöht sich die Zahl der arbeitslosen GM-Arbeiter auf 37 250.

Durch Stillegungen bei Ford erhöhte sich die Arbeitslosenzahl in dessen Konzernbereich um 24 300 auf 53 800. Chrysler, der kleinste der drei Riesen, schloß drei Werke und hat damit insgesamt 33 500 Arbeitsplätze vernichtet. Weiter fahren zur Zeit 120 000 Automobilarbeiter Feierschichten.

Die Chrysler-Cooperation ist am härtesten von der Überproduktionskrise betroffen. In den letzten Jahren ging ihr Marktanteil von 10,4 Prozent auf 7,3 Prozent herunter. Die gesamte amerikanische Branche wird gegenwärtig von Kleinwagenherstellern aus Übersee, vor allem aus Westdeutschland (VW) und Japan zunehmend in Schwierigkeiten gebracht, die im Gegensatz zu den amerikanischen Riesen steigende Produktionsziffern zu verzeichnen haben.

Die für die amerikanischen Konzerne erforderliche Umrüstung auf Mittel- und Kleinwagenproduktion kann von den beiden führenden Konzernen der Branche, General Motors und Ford, besser verkraftet werden.

Chrysler dagegen ist über beide Ohren verschuldet. Das Werk steht bei insgesamt 250 Banken mit 4,8 Milliarden Dollar in der Kreide. Hauptgläubiger sind die Banken der Morgan-Gruppe, die GM kontrollieren. Wenn die Banken die Kredite nicht aufstocken, muß Chrysler Konkurs anmelden. Die Banken aber machen die Aufstockung von staatlichen Garantien abhängig. Mittlerweile ist Präsident Carter dem angeschlagenen Riesen zur Hilfe geeilt und hat einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. 1,5 Milliarden Dollar will er den Chrysler-Bossen zuschieben.

Doch auch die Regierung stellt Bedingungen für ihre Hilfe. Chrysler muß seinerseits 1,5 Milliarden Dollar aufbringen, und zwar durch den Verkauf von Tochterfirmen, was weiterum mit einer Arbeitsplatzvernichtung riesigen Ausmaßes verbunden sein wird.

Im Falle einer Pleite von Chrysler würde allein in Detroit die Arbeitslosenquote von derzeit 8,7 Prozent auf 19 Prozent hochschnellen; das sind Aussichten, die den Detroiter Bürgermeister an die große Depression der dreißiger Jahre erinnern.

In dieser für die Automobilarbeiter äußerst ernsten Situation spielt die Führung der Automobilarbeitergewerkschaft UAW, mit 1,5 Millionen Mitgliedern die größte Einzelgewerkschaft der Vereinigten Staaten, eine üble und verräterische Rolle. Statt die Gewerkschafter zum Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung und die Autobosse zu mobilisieren, statt die Unternehmer durch Streiks zur Rettung der Arbeitsplätze zu zwingen, statt ein Aktionsprogramm mit dem Ziel „Kein einziger Arbeitsplatz darf vernichtet werden" aufzustellen, stehen sie an der Seite der Kapitalisten und helfen ihnen, die Arbeiter bei der Bewältigung der Krise zu betrügen.

So verzichteten sie bei Chrysler auf einen Teil der fälligen Lohnerhöhung. Mit dem eingesparten Geld solle Chrysler die Produktion durchrationalisieren. So schoben sie den Bossen Hunderte von Millionen Dollar aus der gewerkschaftlichen Rentenkasse zu, die mit Arbeitergroschen gefüllt ist. Für diese Finanzhilfe, die die Gewerkschaftsführung in eine Reihe mit den Banken stellt, erhielt Gewerkschaftsboß Frazer einen der 17 Vorstandssitze. Weitere Finanzspritzen aus den Gewerkschaftskassen — Vizevorsitzender Marc Step hat weitere 800 Millionen Dollar angeboten — machen diese Verräter von der Einführung der Mitbestimmung nach westdeutschem Modell abhängig.

Der Vorgänger von Gewerkschaftsboß Douglas Frazer, Leonard Woodcock, ist bereits für seine Verrätereien reichlich abgefunden worden. Er ist amerikanischer Botschafter in Peking.

Sondernummer von „Vanguardia Obrera" erschienen:

III. Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) erfolgreich abgeschlossen!

Auszüge aus dem Bericht des Büros für Presse und Information der KP Spaniens (ML)

MADRID, 8. NOVEMBER: In einer Atmosphäre revolutionärer Begeisterung und kämpferischer Verantwortung fand vom 3. bis 5. November in Madrid der III. Parteitag der KP Spaniens (Marxisten-Leninisten) statt. An ihm nahmen 300 Delegierte teil, die alle Parteiorganisationen in Spanien und in der Emigration vertraten. Anwesend waren die Delegationen Kastiliens, Aragons, Kataloniens, des Valencianischen Landes, Euskadis, Asturiens, Galiziens, der Kanarischen Inseln, der Balearen, aus der Mancha, Murcias und Delegationen der Emigranten aus Frankreich, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz und Deutschland.

Die soziale Zusammensetzung des Parteitags war die folgende: 56 Prozent Proletarier, 4 Prozent Bauern, 10 Prozent Studenten und 29 Prozent anderer Berufe und Tätigkeiten; 23 Prozent der Delegierten waren Frauen, das Durchschnittsalter betrug 26 Jahre, die Parteizugehörigkeit im Schnitt viereinhalb Jahre.

Nach der Wahl des Präsidiums des Parteitags und dem vorhergegangenen Rücktritt der leitenden Organe der Partei, wurde der Parteitag durch den Sprecher des Präsidiums, Genossen Raul Marco, eröffnet.

Der Parteitag hielt eine tiefgehende und bewegende Ehrung für die Genossen, die vom Frankismus ermordet wurden, ab, für die Helden des 27. September, für die Genossen, die seit dem letzten Parteitag gestorben sind, und für alle Genossen, die aus den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung starben, vor allem für den Genossen Hysni Kapo, Mitglied des Politbüros des Sekretariats des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens. Der Parteitag ehrte die Toten durch eine Schweigeminute.

Dann wurde der Bericht des Zentralkomitees an den Parteitag gehalten, der aus folgenden Teilen bestand: Analyse der politischen und sozialen Lage, vorgetragen vom Genossen Julio Moreda; die Tätigkeit und Taktik der Partei seit dem II. Parteitag, vorgetragen vom Genossen Manuel Blanco Chivite; der Kampf der Partei an der ideologischen Front, vorgetragen von der Genossin Elena Odena; Internationale Fragen, vorgetragen vom Genossen Raul Marco.

Das Büro für Presse und Information der spanischen Bruderpartei berichtet weiter, daß am zweiten Tag des Parteitags neun Kommissionen der Delegierten zusammentraten, die über verschiedenste aktuelle Fragen diskutierten und dem Parteitag anschließend jeweils eine Resolution zur Verabschiedung vorlegten. Unter anderen wichtigen Fragen beschäftigte sich zum Beispiel Kommissionen mit den Themen des Kampfes auf dem Lande, mit der Antifaschistischen Republikanischen Front und der Nationalitätenfrage, mit der Würdigung der Rolle J.W. Stalins für den Weltkommunismus, mit Frauenfragen und Bündnispolitik der Partei.

Zahlreiche Grußadressen von marxistisch-leninistischen Bruderparteien der ganzen Welt, von Genossen der spanischen Partei aus der Emigration, von gefangenen Genossen wurden verlesen. Der Parteitag sandte Botschaften an die marxistisch-leninistischen Bruderparteien, eine besondere Botschaft an die Partei der Arbeit Albaniens und an die gefangenen spanischen Genossen.

Das Büro für Presse und Information berichtet weiter:

„Besondere Aufmerksamkeit widmete der Parteitag Fragen der internationalen Lage und der Situation der marxistisch-leninistischen Weltbewegung. Der Parteitag vertiefte mit seiner Analyse die totale und einstimmige Verurteilung des maoistischen Revisionismus, der sogenannten Mao-Tsetung-Ideen und ihrer heutigen Ausformung in Form der ‚Theorie der drei Welten', und der sozialchauvinistischen Politik der chinesischen Führer."

Die Wahl des neuen Zentralkomitees, das durch neue Genossen, die sich im Kampf bewährt haben, verstärkt wurde, ebenso wie auch die Verabschiedung des Rechenschaftsberichts und der zahlreichen Resolutionen geschah einstimmig. Die Delegierten begrüßten die seit dem II. Parteitag geleistete Arbeit ohne jede Einschränkung.

Abschließend beschloß der Parteitag am 11. November einen internationalen Abschlußakt in Madrid durchzuführen, mit der Anwesenheit von zahlreichen marxistisch-leninistischen Bruderparteien, darunter auch der Partei der Arbeit Albaniens.

Das Büro der Partei berichtet weiter:

„Der III. Parteitag bewies die Fortschritte der Partei in der Arbeiterbewegung, vor allem in den großen Fabriken, er war ein Ausdruck der gesammelten Erfahrung der Partei im Kampf gegen den blinden Aktivismus, die Oberflächlichkeit in der Arbeit, den Linksopportunismus und Subjektivismus, den Bürokratismus und andere negative Tendenzen, für die Reinheit der Parteireihen und die Erhöhung ihres politischen, ideologischen und organisatorischen Niveaus.

Im Verlauf des Parteitags zeigte sich die große Reife, im Verständnis der nationalen wie der internationalen Lage erreicht wurde, wie auch bei Erfüllung der Hauptaufgaben der Partei, in der Verteidigung der Interessen der arbeitenden Klassen, im Kampf zur Erringung und zum Aufbau der Republik."



300 Delegierte, die alle Parteiorganisationen vertraten, führten alle Abstimmungen mit maximaler Einheit durch.

KP Spaniens (ML) unterstreicht auf ihrem Parteitag die Rolle der multinationalen Monopole

Spanien in den Händen des ausländischen Kapitals

Die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage des Landes

MADRID, 8. NOVEMBER.— Im Bericht des Zentralkomitees der KP Spaniens (ML) an den III. Parteitag wird auch die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Lage im Lande untersucht. Dabei wird festgestellt und nachgewiesen, daß die Regierung Suarez und die Monarchie die Tore des Landes für die multinationalen Monopole noch weiter geöffnet haben und daß dies eine der Ursachen für die Verschlechterung der Lebenslage der Völker Spaniens ist.

Die Investitionen der ausländischen Monopole in Spanien betrugen in der Zeit von 1960 bis 1977 die enorme Summe von 812 Milliarden Peseten (umgerechnet runde 27 Milliarden Mark). Den Hauptanteil dieser Investitionen trugen dabei die größten Monopole der kapitalistischen Welt. Im Jahre 1971 nahm die Franco-Diktatur sogar eine besondere Gesetzesänderung vor zugunsten der Ford Company, die es Ford erlaubte, das Montagewerk in Valencia, das damals errichtet wurde, ohne jegliche steuerliche Kontrolle von seiten des spanischen Staates zu betreiben. Im Jahre 1978 erließ die Regierung Suarez ein Gesetz, das den Großbanken aus den USA, Westeuropa und Japan völlige Freiheit in Spanien läßt. Der Repräsentant des amerikanischen Finanzkapitals, Rockefeller, wurde bei jeder seiner zahlreichen Spanienreisen seitdem stets von der ganzen Regierung und dem König empfangen.

Im vergangenen Mai bewilligte die Suarez-Regierung der General Motors alle erwünschten Privilegien für die Errichtung eines neuen Werks in Saragossa, und bereits Anfang des Jahres hatte sie die völlige Übernahme der SEAT-Werke durch die FIAT des italienischen Großkapitalisten Agnelli begrüßt.

Das immer stärkere Gewicht der multinationalen Monopole und der internationalen Banken, sowie der einheimischen Großbetriebe im Besitz der spanischen herrschenden Finanzoligarchie, verschärft vor allem die kritische Situation der kleinen und mittleren Betriebe. Die Konkurse in der Textilindustrie beispielsweise haben dazu geführt, daß in der Region Sabadell, einem Zentrum der Textilindustrie, jeder dritte Arbeiter arbeitslos ist.

Anderthalb Millionen Arbeiter in Spanien sind arbeitslos, das sind 15 Prozent der arbeitenden Bevölkerung!

Auch die Folgen dieser Politik für die ländliche Bevölkerung sind äußerst schlimm. Die spanische Oligarchie und die ausländischen Imperialisten haben, als Bedingung für Spaniens Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, den Plan gefaßt, die Zahl der in der Landwirtschaft arbeitenden Bevölkerung (heute 20 Prozent der Einwohner) auf die in Westeuropa übliche Höhe herabzudrücken (also rund 8 Prozent der Bevölkerung). Das bedeutet die wachsende Not der Landarbeiter und den Ruin der werktätigen Bauernschaft in Spanien.

In letzter Zeit wurden auch neue Arbeitsgesetze erlassen, die vor allem die Lage der werktätigen Jugend verschlechtern. Das Decreto-Ley, eine Art Notstandsgesetz, zwingt die Jugendlichen bis zum Alter von 26 Jahren für jede Arbeit zur Verfügung zu stehen.

Während schließlich die staatlichen Ausgaben für soziale Belange des Volkes gekürzt werden oder gleichbleiben und von der Inflation aufgefressen werden, nehmen die Militärausgaben immer mehr zu. Die offiziell genannten Militärausgaben Spaniens betrugen 1971, also noch zur Zeit Francos selbst, die Summe von 43,65 Milliarden Peseten, runde 2 Milliarden Mark damals. Jetzt, 1979, sind sie auf ein vielfaches angestiegen. 434,48 Milliarden Peseten, das sind heute rund 13 Milliarden Mark. Neben der Automobilindustrie und den Banken ist es vor allem eben auch die Rüstungsproduktion, in der die ausländischen Monopole vor allem investieren.

Zum Abschluß des III. Parteitags

Internationalistische Veranstaltung in Madrid

Die Parteiorganisation von Madrid und Delegationen aus allen Parteibezirken feierten gemeinsam mit ausländischen Bruderparteien

In begeisterter revolutionärer Atmosphäre feierte unsere spanische Bruderpartei, die PCE (ml), am 11. November in Madrid den Abschluß ihres III. Parteitages. Revolutionäre Begeisterung riefen der erfolgreiche Abschluß des Parteitages und die Anwesenheit und die Ansprachen von Delegationen zahlreicher ausländischer Bruderparteien, vor allem der Partei der Arbeit Albaniens unter Leitung des Mitglieds des ZK der Partei, Mihallaq Ziçishti hervor. Es waren ferner anwesend: Delegationen unserer Partei, unter Leitung des Genossen Ernst Aust, der KP Brasiliens, unter Leitung des Genossen Amazonas, der KP Kanadas/ML, der KP Dahomeys, der KPUSA/ML, der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs, der Kommunistischen Arbeiter- und Bauernpartei des Iran, der Kommunistischen Organisation Angolas, der Portugiesischen KP (W), der Revolutionären KP der Türkei/AO und der Revolutionären KP Obervoltas. Außerdem war eine befreundete patriotische Partei aus dem Baskenland, die LAIA (Revolutionäre Arbeiterpartei des Baskenlandes), vertreten.

Zum ersten Mal seit dem revolutionären Krieg gegen die Francofaschisten durfte eine albanische Delegation nach Spanien einreisen. Zum ersten Mal konnte von der PCE (ml) eine solche internationalistische Veranstaltung in Spanien organisiert werden.

Dieser historische Sieg, der erfolgreiche Kampf um die Legalität, rief Begeisterung bei den über 1000 Teilnehmern hervor. Sie wußten, daß dieser Sieg ihnen nicht in den Schoß gelegt worden ist, sondern von der Partei erkämpft werden mußte. Jeder größere Saal jedoch, der eine gebührende große Massenveranstaltung erlaubt hätte, war der Partei von den Behörden des sozialdemokratisch regierten Madrid verweigert worden. So konnten aus den einzelnen Provinzen Spaniens nur Delegationen teilnehmen.

Die Organisierung dieser Veranstaltung und das Verhalten der Behörden ihr gegenüber warf somit auch ein Schlaglicht auf die Situation im heutigen Spanien. Das heutige Regime ist bemüht, sich als „demokratisch" auszugeben. Überall zeigt sich aber, daß der Faschismus nicht überwunden ist.

Genosse Blanco Chivite ging in seiner Eröffnungsrede auf diese Frage ein. Er wies auf die vielen Illusionen hin, die nach Francos Tod entstanden sind. Er stellte fest, daß sich seit dem II. Parteitag 1977 zwar einiges geändert hat, aber entscheidende gesellschaftliche Veränderungen nicht geschehen sind. „Wir müssen sie geschehen machen", rief er. Und im Saal erschallt der Ruf: „Morgen wird Spanien republikanisch sein!"

Die Grüße des Parteitages und des Zentralkomitees der Partei an die Teilnehmer der Veranstaltung überbrachte die Genossin Elena Odena. Sie berichtete die wichtigsten Ergebnisse des Parteitages und wies auf die Erfolge und Aufgaben der Partei bei ihrer Verankerung, vor allem in den Großbetrieben, hin, auf ihre Geschlossenheit, auf die Erfolge beim Kampf für eine breite antifaschistische Einheit für die Republik.

Abschließend sprach im Namen des ZK der Partei Genosse Raul Marco über internationale Fragen. Er ging ein auf die allgemeine Krise der kapitalistisch-revisionistischen Welt, auf die zunehmende Gefahr des Faschismus in Europa, auf die Strategie des Imperialismus, insbesondere des USA-Imperialismus, des chinesischen Sozialimperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus.

Genosse Marco betonte, daß die Marxisten-Leninisten in ihrer Wachsamkeit letzterem gegenüber und in ihrem Kampf gegen ihn nicht nachlassen dürfen. Der gemeinsamen Strategie und Taktik aller Feinde müssen die Marxisten-Leninisten ihre eigene Strategie und Taktik entgegenstellen. Sie müssen alle Opportunisten und Revisionisten entschieden bekämpfen. Er unterstrich die Notwendigkeit eines aktiven proletarischen Internationalismus und betonte die Bedeutung Albaniens als Vaterland des Weltproletariats und den vorbildlichen Kampf der PAA. Er berichtete, daß die Partei auch Grußadressen vor Bruderparteien aus Dänemark, Japan, Kolumbien und anderen Ländern erhalten hat und schloß seine mitreißende Rede mit den Worten: „Vorwärts im Kampf für die föderative Volksrepublik, für Sozialismus und Kommunismus. Die Völker Spaniens sind republikanisch gesinnt. Rot wie unser Blut sind unsere Fahnen. Sie werden wehen!"

Alle anwesenden Bruderparteien überbrachten aus ihren Ländern revolutionäre Kampfesgrüße. Sie berichteten über ihren Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Reaktion und Revisionismus und bekundeten ihre Verbundenheit mit dem Kampf der PCE (ml) und ihrer korrekten marxistisch-leninistischen Linie. Enthusiastisch gefeiert wurde die Ansprache des albanischen Genossen und sein Bericht über die Erfolge des albanischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus, immer wieder erschallte der Ruf: „Enver Hoxha — Albania socialista".

Diese Veranstaltung zum Abschluß des III. Parteitags der PCE (ml) war eine große Kundgebung der Verbundenheit aller wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien, ein Beweis des aktiven proletarischen Internationalismus. Wie auch die zahlreichen Treffen zum Erfahrungsaustausch zwischen den Vertretern der verschiedenen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen während des Aufenthaltes in Madrid, trug diese internationalistische Veranstaltung wesentlich dazu bei, die Einheit der Marxisten-Leninisten der Welt noch weiter zu festigen.

Ex-Senator in „Goldin"-Pleite verwickelt

Gründer des Freundes-kreises F.J. Strauß in Haft

Der Zusammenbruch des Tankstellenimperiums des Betrügers Erhard Goldbach („Goldin") aus Herne zieht weitere Kreise. In der letzten Woche wurde der „Goldin"-Berater und prominente CDU-Politiker Karl Krammig verhaftet, da Flucht- und Verdunklungsgefahr bestand.



Erhard Goldbach

Karl Krammig ist in der westdeutschen Polit-Szene kein unbeschriebenes Blatt. Er war Senator für Wohlfahrt und Gesundheit in Bremen, Abgeordneter im Bundestag und Gründer des Freundeskreises Franz Josef Strauß in der CDU. — Franz Josef Strauß! Immer wieder muß man feststellen, daß dieser Name genannt wird im Zusammenhang mit Figuren aus der Grauzone des Verbrechens! — Straußfreund Kammig sitzt gegenwärtig in der Bochumer Haftanstalt „Krümmede" ein.

Krammig soll von Erhard Goldbach fünf Millionen Mark Beraterhonorar kassiert haben. Der Staatsanwalt wirft dem Ex-Senator Mittäterschaft und Beihilfe in Steuerdelikten vor. Krammig kannte das Metier, in dem er Goldbach beriet, genau: er war lange Zeit Zollratsvorsteher in Bremen und leitender Betriebsprüfer beim Zoll. Er vertrat Goldbachs Interessen vor dem Bundesfinanzgericht und sorgte dafür, daß Schulden aus der Mineralölsteuer immer neu gestundet und Konzernbetriebsprüfungen verschoben wurden.

Erhard Goldbach betrog den Staat um fast 300 Millionen Mark Steuern. Als im vergangenen Juli sein Unterne men zusammenbrach, setzte er sich rechtzeitig und mit genügend Millionen ab, die ihm ein sorgenfreies Leben garantieren. Er ist seither unauffindbar.

„Nur noch 1224 Stunden, dann ist Eurer Jahr — das Jahr des Kindes — vorbei", tönte *Bild am Sonntag*(„BamS" in der Ausgabe vom 11. November) und fragt: „Was hat sich nun geändert für Euch? Hat sich etwas geändert?" — Die Frage ist scheinheilig. Denn „BamS" trägt nach Kräften dazu bei, daß sich an der schlimmen Situation vieler Kinder so wenig wie möglich ändert.

Bild am Sonntag und das „Jahr des Kindes"

Auf Seite 20 bis 23 befaßt sich das Blatt vom 11.November unter der Überschrift „Mord — die grausamen Kinder!" mit der Kinderkriminalität. Die Aufmachung des Artikels ist reißerisch. Zwei düstere Fotos von



Hier ist der von „BamS" geschaffene kindliche Provokateur und Agent einer „liberalen Zersetzung" der Familien. Unter dem Foto heißt es in „BamS": „Provozierend schaut der Junge seinen Vater an. Schlägt er oder schlägt er nicht? Die (geplante) Ohrfeige könnte vor dem Richter enden."

Kindern aus der „Verbrecherkartei", mit Meßlatte und Kriponummer, Balken über den Augen, ziehen den Blick des Lesers auf sich. Der Text bringt blutrünstige Schilderungen angeblich von Kindern begangener Verbrechen, er konfrontiert den Leser mit schauerlichen Zahlen und „Fällen". Die Zeitung wirft zwar „die Frage nach dem Warum" auf, aber eine Antwort bekommt der Leser nicht. Stattdessen dunkle und tendenziöse Andeutungen irgendwelcher „Experten".

„Arbeitslosigkeit, Langeweile, mangelnde elterliche Aufsicht, Abenteuerlust und Enthemmung durch Alkohol sind die häufigsten Ursachen", orakelt eine „Jugendstaatsanwältin Elke Folkerts, Mannheim". Und eine „Kriminaloberrätin Rosemarie Frommhold, Hamburg" stößt nach: „Viele Kinder haben nicht lernen können, daß die Familie, der elterliche Haushalt also, die eigentliche Gruppe ist. Sie suchen einen Ersatz — und können in kriminelle Gruppen oder Banden geraten." — Aha, die Familie ist es also.

Neben der Familie wird die Schule ins Spiel gebracht, und zwar durch „Innenminister Kurt Böckmann, Rheinland-Pfalz": „Die Schule hat sich zu einseitig (!) der Bildung des Intellekts und der Wissensvermittlung zugewandt, jedoch die Erziehung zu verantwortungsbewußtem Verhalten in der Gemeinschaft vernachlässigt." Das muß man zweimal lesen! Nach was sehnt sich denn der Herr Minister eigentlich zurück? Nach einer Zeit, in der nicht Intellekt und Wissen im Mittelpunkt standen, sondern vielleicht Mannestugend, Volksgemeinschaft, Rassenhygiene?...

Der Artikel hinterläßt den Eindruck: Die Kinder sind tatsächlich Verbrecher, und das „Warum" liegt irgendwie vage im Zustand der Familien und der Schulen begründet.

Deutlicher und hintergründiger wird die Zeitung erst auf den Seiten 104 und 105. Hier wird unter der fetten Überschrift „Klaps auf den Po kann teuer werden" gezeigt, woher die im ersten Artikel beschworene Verrottung der Kinder kommt: durch eine zu „liberale" Erziehung, durch eine übertriebene Betonung der Menschenwürde auch der Kinder, vor allem aber durch ein neues „Eltern-Recht", das bald in Kraft treten soll. „BamS" malt genüßlich eine Schrekkensvision von der künftigen Herrschaft dieses Gesetzes aus. Auf einem Foto tritt ein Junge seiner erzürnten Mutter kaltlächelnd entgegen mit den Worten: „Hau doch zu, Mutter! Du traust dich nur nicht! Weil ich nämlich zum Vormundschaftsrichter geh'!" — „Dieses Gesetz" — zetert die CSU, fett gedruckt zitiert — „ist ein Schritt auf dem Weg zur Aushöhlung von Ehe und Familie." Da haben wir's! Und natürlich spielt die Schule mit



Ein „Bild"-Kind aus der Verbrecherkartei

in diesem Kesseltreiben gegen die Eltern: „Wundern Sie sich nicht", warnt „BamS", „Wenn Ihre Kinder jetzt im Staatsbürgerunterricht Gesetze kennenlernen, von denen Sie keinen blassen Schimmer haben."

Um die erschreckten Eltern schließlich vollends mürbe zu kochen, fährt „BamS' noch härteres Kaliber auf: das schwedische Gespenst. Denn in Schweden heißt es für die Eltern angeblich: „Ab in den Knast für eine Ohrfeige!" Und demnächst sollen in Schweden sogar die Kinder „ihre Eltern ‚abwählen' können." Hat man so etwas schon einmal gehört! Da fehlt ja nicht viel, und die Eltern müssen zur Zeugung noch die Genehmigung des Ungeborenen einholen! Die drohende Terrorherrschaft der Kinder — mit ihren kriminellen Folgen — einmal derart ausgemalt, ist es zur „BamS"-Schlußfolgerung nur noch ein kleiner Schritt: „Als ich" — erzählt der Artikelschreiber abschießend den Lesern — „im Hungerwinter 1945/46 einen kleinen Sack Kartoffeln klaute, weil mir die Steckrüben zum Halse raushingen, hat mich mein Vater windelweich und veilchenblau geprügelt. Ich hab' nicht einmal mehr 'ne Kartoffel gestohlen..."

Also was fehlt, sind ordentliche Trachten Prügel, dann löst sich das ganze Problem der Kinderkriminalität von selbst. Weg mit den Gesetzen, die den prügelnden Arm noch hindern möchten: Im Jahr des Kindes — „nur noch 1224 Stunden" — und auch danach: Knüppel aus dem Sack! Prügeln, bis „veilchenblau" die Blutergüsse leuchten, dann kommt der Verbrecher gar nicht erst zum Vorschein und bleibt drin in dem Kinde. (Dann besitzt das Kind vielleicht in ein paar Jahren auch den nötigen Knüppelcharakter, um Artikel für die „BamS" zu schreiben.)

Übrigens verfocht „BamS" in der Ausgabe vom 11. November wieder glänzend die Sache der verfolgten Tiere. In dem Artikel „Das Millionengeschäft mit den gequälten Tieren " stellte die Zeitung die internationalen Tierschinder schonungslos an den Pranger. Ja, die „BamS", die sonst unternehmerischen Gewinnen durchaus das Wort redet, die „BamS" ließ es sich nicht nehmen, die „schmutzigen Geschäftemacher mit der hilflosen Kreatur" des „mitleidlosen Profitemachens" anzuklagen...

Aufgespießt

Atomkriegssichere Überlebenskeller im Fels, verkaufen wir — sofort beziehbar — mit unseren Eigentumsreihenhäusern ab DM 120 000,--, Bungalows-Villen-Schloß-Burg. In 3 1/2 Stunden Autobahnfahrt, dann in 600 m Höhe, eine Alpenfestung mit traumhafter Weitsicht über den halben Gardasee und Gebirge. Seehafen neu für 100 Yachten. (Gästehotel), Zuschr. u. Z 669938 an SZ.

Aus „Süddeutsche Zeitung".



Samstag, 24. November, 20.20 Uhr, Bayern III
Der Theaterbesuch. von und mit **Karl Valentin.**

-Samstag 24. November, 21.05 Uhr, Südwest III
Schreib das auf, Kisch! Dokumentarfilm von Gert Heimrich.

Sonntag, 25. November, 15.30 Uhr ZDF
Charlie Chaplin: Circus. In diesem Chaplin-Film aus dem Jahre 1926 gerät Charlie auf der Flucht vor der Polizei mitten in die laufende Vorstellung eines Zirkus hinein und wird zum Lacherfolg. Sofort wird er engagiert, jedoch als Clown wirkt er überhaupt nicht mehr komisch. Das Verhängnis nimmt seinen Lauf ...

Donnerstag, 29. November, 20.15 Uhr, ARD
Evakuieren oder Beten? Untertitel: Was passiert wenn.. Eine Dokumentation über den GAU — den „größten anzunehmenden Unfall". — Egmont R. Koch untersuchte die Situation des Katastrophenschutzes im Bereich der Kernenergie und in der chemischen Industrie. Im Mittelpunkt des Berichts steht die Frage: Was kann man noch tun, wenn es zu einem Unfall in einem Kernreaktor oder einem chemischen Werk kommt? Wie kann man die Bevölkerung schützen, welche Vorbereitungen sind getroffen worden in der Bundesrepublik? Reichen sie aus?

Donnerstag, 29. November, 20.15 Uhr, Hessen III
Friede den Hütten! Krieg den Palästen! Eine szenische Demonstration unter Verwendung des Romans „Georg Büchner — eine deutsche Revolution." — „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!" war das Motto einer Flugschrift, die 1834 von der Polizei beschlagnahmt wurde. Die Verfasser waren der revolutionäre Dichter Georg Büchner und der Theologe Weidig.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet : Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.